

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertagen einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Gold und Zeit“ und „Kinderfrüh“, „Herrn Straußmann“, „Lehni“, „Bild in die Bäckerei“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtblätter“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kompromittierung des Plenums, das am 12. Juli in Wien stattfand, hat die Partei in Wien, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stempelgebühr das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienangelegenheiten Seite 40 Pfennig, Angelegenheiten im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags von 9 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verantwortlicher: Döbner 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. A. B. u. Disc.-Ges., Depotkassen Lindenstr. 2.

Brüning sucht einen Wahlblock.

Burgfrieden der Bürger. — Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Die Regierung Brüning will den Wahlkampf aktiv führen. Das fing an mit ihrem Wahlausruf, und der war danach. Dann kam Herr Birth mit seiner Rede im Rundfunk, und demnächst soll Aktion Nummer drei steigen. Herr Brüning will den Versuch einer bürgerlichen Sammlung machen. Man redet von einem „bürgerlichen Nichtangriffspakt“, vom Abschluß eines Burgfriedensvertrags zwischen den Parteien, die an der Regierung beteiligt waren.

Die Sammlungsparole tut ihnen not! Auf der Rechten des Brüning-Blocks steht die christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei neben den Volkstonservativen, Graf Westarp neben Herrn Schiele.

Auf dem andern Flügel war man bis in die letzte Reichstagsführung hinein nichts weniger als einig und fürchtet sich voreinander. Das alles will Herr Brüning sammeln und unter den großen Burgfriedenshüt bringen! Ein schöner Mischmasch: Konservative neben Liberalen und Zentrum, und zu allen noch hinzu die Herren Interessenten von der Wirtschaftspartei!

Das alles soll geeinigt werden gegen die Sozialdemokratie. Herr Brüning will seine politische Idee des neuen Bürgerblocks nicht untergehen lassen und möchte sich schon vor der Wahl für künftige Bürgerblockexperimente nach der Wahl die Basis schaffen. Er fängt früh an — aber er macht keine Rechnung ohne die Wähler.

Sammlung von den Demokraten bis zu Westarp: alle Gruppen, die für Brüning gestimmt haben, sollen nach seiner Ansicht solidarisch haften für die Taten der „reaktionärsten Regierung seit der Revolution“.

Wird auch eine gemeinsame Kasse geschaffen und wer soll sie speisen? Soll dieser „bürgerliche Nichtangriffspakt“ die angenehme Nebenwirkung haben, daß alle Beteiligten der Subsidien der Schwerindustrie teilhaftig werden?

Die Krise der Rechten.

Sammlungsversuche um den Reichslandbund.

Heute tritt der Bundesvorstand des Reichslandbundes zusammen, um über die Gründung einer neuen konservativen Partei zu beraten. Die agrarischen Interessen wollen sich in den Vordergrund schieben, und

die Herren Trevisanus und Lindeiner-Bildau von den Volkstonservativen sollen sich ihnen unterordnen. Das Schwergewicht dieser neuen Parteibildung würde sehr weit rechts liegen, viel mehr nach den Deutschkonservativen hin als nach den Volkstonservativen. Die Führer der Großagrarier werden sehr bald die ausschlaggebende Rolle darin spielen!

Der Reichslandbund wird dieser neuen Partei zwar nicht eine regelrechte Parteiorganisation, aber doch ein organisatorisches Gerippe bieten, vielleicht auch die Wahlkasse.

In diesem Zusammenhang muß auf eine Auseinandersetzung verwiesen werden, die vor einigen Tagen zwischen der „Grünen Wochenschau“, dem Organ des Reichslandbundes, und der „Deutschen Zeitung“ stattgefunden hat. Die „Deutsche Zeitung“ führte die Auseinandersetzung unter der Überschrift „Industriegelder für die Grüne Front“. Die Grundlage der Auseinandersetzung bildete die Tatsache, daß das Kalisyndikat der „Grünen Front“ mehrere Millionen Mark zur Organisation des Milchabfuges in Berlin gestiftet hat und daß diese Millionen bisher für diesen Zweck nicht verwendet worden sind. Die „Deutsche Zeitung“ hat die Diskussion mit der folgenden Bemerkung abgeschlossen:

„Man kann sich wohl denken, daß die Landwirtschaft auf die Beantwortung der Frage gespannt ist, was denn nun eigentlich mit den im vorigen Herbst vom Kalisyndikat bereitgestellten Millionen geschehen ist oder geschehen soll. Vielleicht weiß der so gut unterrichtete Reichslandbund darüber Auskunft zu geben.“

Hier sind sehr interessante Zusammenhänge und Möglichkeiten angedeutet, und diese Millionenabvention durch das Kalisyndikat erfordert die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit!

Die Flucht vor Hugenberg.

Der Reichstagsabgeordnete General a. D. von Zettow-Barbeck hat in einem Schreiben an Hugenberg seinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei mitgeteilt. Es heißt darin u. a.:

„Durch die letzte Abstimmung im Reichstag bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß ich Ihrer Führung nicht mehr zu folgen vermag. Die Gründe sind die gleichen, die ich Ihnen in engerem Kreise und nachher in der Fraktion auseinandergesetzt habe. Ich erkläre daher meinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei.“

Wieder einer Weniger! Hugenburgs Kreis wird immer enger.

Die Stimmlisten.

Auslegung vom 24. bis 31. August.

Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarteien für die Reichstagswahl vom 24. bis 31. August 1930 auszuliegen sind.

Neuer Sowjetbotschafter in Berlin.

Krestinski stellvertretender Außenkommissar. — Litwinow rückt an Tschitscherins Stelle.

Moskau, 21. Juli.

Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion hat Tschitscherin auf seine persönliche Bitte (1) hin seines Postens als Außenkommissar entlassen. An seine Stelle wurde Litwinow zum Außenkommissar ernannt, Krestinski zum ersten und Karachan zum zweiten Stellvertreter. Das Kollegium des Außenkommissariats besteht aus Krestinski, Karachan und Stomonjakow.

Die Abberufung Tschitscherins, der seit Jahren schwer leidend, aber obendrein bei Stalin in Ungnade gefallen ist, war längst fällig. Seine Erziehung durch Litwinow, der faktisch den Posten des Außenkommissars seit mindestens drei Jahren bereits bekleidete, war ebenfalls allgemein erwartet.

Die einzige Ueberraschung ist die Ernennung Krestinskis zum Stellvertretenden Kommissar. Für Karachan, der bisher Litwinows Stellvertreter war, ist es kein Kompliment, daß nunmehr ein anderer dazwischengeschoben wird. Und bei Krestinski liegt die Vermutung nahe, daß er nicht gerade mit Begeisterung den Berliner Botschafterposten, zweifellos den wichtigsten, den die

Allgemeine Funktionär-Versammlung

heute, am Dienstag, dem 22. Juli, 19 1/2 Uhr, im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23.

Tagesordnung:
Die Sozialdemokratie und die Auflösung des Reichstags

Referent: Par.-elvoritzender Otto Weis
Zutritt nur mit Funktionäerausweis für 1930 und Parteimitgliedsbuch.
Der Bezirksvorstand.

USSR. im Ausland unterhält, gegen eine weniger selbständige Stellung in der Zentrale eintauschen wird.

Im allgemeinen haben die Auslandsvertreter der Sowjetunion in den letzten Monaten eine wachsende Abneigung gegen die Befolgung solcher Rückberufungsorder ins Sowjetparadies an den Tag gelegt. Viele ließen sich sogar lieber in Abwesenheit von der G.P.U. zum Tode verurteilen und eine Vermögenskonfiskation über sich ergehen, als daß sie dem Befehl der Obrigkeit Folge leisteten.

Bei Herrn Krestinski liegt natürlich der Fall wesentlich anders. Er wird zweifellos nach Moskau zurückkehren. Ob gern, das ist eine andere Frage.

Finnisch-Russischer Notentrieg.

Proteste in Helsingfors und Moskau.

Helsingfors, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Die russische Regierung hat in Helsingfors eine Protestnote über die Grenzverletzungen durch finnische Staatsbürger erhoben und vor allem daraus hingewiesen, daß in letzter Zeit zahlreiche finnische Kommunisten illegal und zwangsweise über die russische Grenze gejagt worden sind.

Eine finnische Note protestiert in Moskau gegen schlechte Behandlung verhafteter Finnen in Rußland.

Stalins Triumph.

Das Fazit des bolschewistischen Parteitag.

Von Peter Garwy.

Das Ergebnis des „langen Parteitages“ in Moskau ist ebenso mager wie vielsagend: Stalin ist zum Diktator gekrönt worden.

Die Personalisierung der Parteidiktatur ist damit vollendet. Mehr als sieben Jahre dauerte der erbitterte Kampf um die Macht unter den Diadochen des Bolschewismus. Nun ist es endlich Stalin gelungen, den erledigten Thron Lenins zu besetzen. Diktator und Papst in einer Person, wird er nunmehr unbeschränkt und „unfehlbar“ sowohl über Sowjetrußland als auch über die Komintern schalten und walten.

Stalin hat auf dem Parteitag, den er mit fester Hand „vorbereitet“ hatte, den Sieg über seine Widersacher davongetragen. Es war nicht schwer. Die längst zertrümmerte Linksoption war auf dem Parteitag überhaupt nicht vertreten. Dasselbe gilt für die absichtlich formlose Rechtsopposition, die mehr eine Stimmung als eine organisierte Fraktion ist. Nur ihre reumütigen Führer Rykow, Tomski und Uglanow konnten zu Wort kommen — aber nur um vor dem mißtrauischen und höhnischen Parteitag der Stalinschen Wamaken ihre erniedrigenden Reuebekenntnisse zum zweiten Male abzulegen.

Kanossa war ein erhabenes Schauspiel im Vergleich zu dieser echt asiatischen Buhjane, zu diesem demütigen Waffenstrecken vor dem allmächtigen Khan...

In der akuten Periode des Scheiterns der blühartigen Zwangskollektivierung im Frühling dieses Jahres hat die Rechtsopposition vielleicht die einzige Möglichkeit verpaßt, durch ein kühnes Eingreifen die Führung an sich zu reißen und den Diktator zu stürzen. Das Wagnis hätte den Appell an das Land und an die vergewaltigte Bauernschaft erfordert. Die das Volk scheuende Rechtsopposition, die gleich den Stalinisten und Trozkisten auf dem Boden der Diktatur steht, vermochte nicht, die geschichtliche Chance auszunutzen. Ihre Unentschlossenheit, die durch ihre diktatorische Einstellung bedingt war, mußte sie auf dem Parteitag mit der Buhföhrer ohnegleichen bezahlen. Der Sieger aber war klug genug, die reumütigen Widersacher an seinen Triumphwagen zu fesseln. Rykow ist ins Politbüro gewählt, Tomski und sogar Bucharin, der trotzig schwieg, in das Zentralkomitee. Denn die formlose und kampfscheue Rechtsopposition hat starke und verzweigte Wurzeln in der Partei und im Lande. Immerhin — ein faules Kompromiß.

Der Parteitag war in erster Linie ein Plebiszitt für Stalin. Kein Wort der Kritik, kein Zweifel in die Richtigkeit seiner Generallinie war auf dem zweitausendköpfigen Parteitag zu hören. Mit Recht brandmarkte Trozki in seinem Pariser „Bulletin“ die plebisziären Methoden Stalins als „automatische Vorbereitung des Bonapartismus“. Und in der Tat ist die Personalisierung der Diktatur, die auf dem Parteitag zum Vorschein kam, die Vorbereitung für den Bonapartismus. Stalin selbst wird kaum der kommende Napoleon sein. Aber er ebnet ihm durch seine Partei- und Staatspolitik den Weg. Nicht umsonst bemühte sich der Volkskommissar für Heer und Marine, Woroschilow, auf dem Parteitag zu beweisen, daß die Rote Armee ein vollkommen zuverlässiges Werkzeug der Parteidiktatur bilde und daß jedes Gespräch der Oppositionellen über die bonapartistischen Tendenzen in der Roten Armee eine Erfindung und Verleumdung sei. Selig, wer da glaubet...

Der Parteitag hat Stalin auf den Schild gehoben und seine Generallinie natürlich „einstimmig“ gebilligt. Hiermit hat der Parteitag die Generallinie Stalins zum Staatsgesetz erhoben. Der Generalstaatsanwalt der Sowjetunion Rykento hat in seiner Rede erklärt, daß Partei-beschlüsse als Staatsgesetze gelten. Es war übrigens ein offenes Geheimnis. Die Partei und der Staat sind in Sowjetrußland eins. Die Beschlüsse des 16. Parteitages sind daher keine Direktiven für Parteimitglieder, sondern Gesetze für die Staatsbehörden.

Stalins Generallinie ist vor allen Dingen forcierte Industrialisierung und Kollektivierung. Es handelt sich um die Utopie der Errichtung des „integralen Sozialismus“ in wenigen Jahren. Nach den Beschlüssen des Parteitages soll der Fünfjahresplan in vier, z. T. in drei, ja sogar in zwei Jahren verwirklicht werden. Die allgemeine Kollektivierung der Bauernschaft und die „Sozialisierung der Landwirtschaft“ soll im letzten Jahre des Fünfjahresplans, also im Jahre 1932/33 vollendet werden.

Der Zahlenrausch, mit dem Stalin und seine Handlanger die Durchführbarkeit der Generallinie zu beweisen suchten, hat den Parteitag betäubt. Die Nachprüfung der Angaben ist übrigens unmöglich. Nach der jüngsten Klägung der parteilosen, wenn auch sowjetfreundlichen und loyalen Statistiker ist die Sowjetstatistik zum gefühlgigen Werkzeug des Diktators geworden. Lebensfalls sollten die Zahlen

beweisen, daß das Tempo der Industrialisierung und der Kollektivierung sich bewährt habe und daher zu beschleunigen sei. Die quantitativen Erfolge der Sowjetwirtschaft sind nicht zu leugnen, wenn sie auch auf Kosten der Qualität erreicht werden.

„Wir“ und „sie“ — dies war das Leitmotiv der endlosen und monotonen Reden auf dem Parteitag. Die kapitalistische Wirtschaft gehe zu Grunde, die sozialistische befände sich im märchenhaften Steigen. Als Beweis dafür wurde die Weltwirtschaft angeführt, die die kapitalistische Umkreisung durchmacht. Aus dieser Gegenüberstellung wurde dann die „weltrevolutionäre“ Rüststoff für die Komintern abgeleitet und die optimistischen Aussichten für die Sowjetwirtschaft begründet.

Diese prahlerische Gegenüberstellung hinkt auf beiden Füßen. Richtig ist, daß die kapitalistische Wirtschaft eine schwere Krise durchmacht. Der neugeborene „Theoretiker“ des Bolschewismus mußte selbst zugeben, daß die kapitalistische Produktionsweise sich seit jeher, sozusagen immanent durch die Krisen entwickelt. Es gelang aber Stalin nicht, zu beweisen, daß die gegenwärtige schwere Weltkrise das „Ende der kapitalistischen Stabilisierung“ und den Beginn der „revolutionären Situation“ in Westeuropa und Amerika bedeute.

Daß der Kapitalismus eine widerspruchsvolle, krisenreiche und ungerechte Produktionsweise ist, die in den fortgeschrittenen Industrieländern immer mehr mit den Interessen der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit in Widerspruch gerät, ist eine Binsenwahrheit. Immerhin ist die gegenwärtige Krise in den kapitalistischen Industrieländern eine Krise der Ueberproduktion, während die Wirtschaftskrise in Sowjetrußland eine Krise der Unterproduktion ist. Stalin selbst mußte zugeben, daß das Wirtschaftsniveau in Rußland noch immer weit, ungemein weit hinter dem Wirtschaftsniveau in den Industrieländern steht und daß man das Industrialisierungstempo mit dem Wirtschaftsniveau nicht verwechseln darf.

Der Kapitalismus ist freilich ein schlechtes Wirtschaftssystem. Mit dieser Feststellung ist noch keineswegs bewiesen, daß das sozialistische Wirtschaftssystem, das übrigens mit dem Sozialismus nichts gemein hat, eine bessere und überlegene ist. Der rastlose Bau von Fabriken und Kraftwerken ist noch kein Beweis für die Blüte der Sowjetwirtschaft. Durch die ungeheure Drosselung des Konsums, durch die permanente Enteignung der Bauernschaft, durch die steigende Ausbeutung der Arbeiterklasse ist es freilich möglich, die Industrialisierungstempo nach Belieben zu beschleunigen. Aber gerade die Erfahrungen der Industriestaaten lehren, daß mit der Ueberindustrialisierung allein noch nichts erreicht wird. Stalin irrt sich, wenn er glaubt, daß das Absatzproblem für die Sowjetwirtschaft auch weiter nicht bestehen und daß sie auch nach der Industrialisierung von den Krisen der Ueberproduktion sowie von der Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschont bleiben werde.

Die Sowjetwirtschaft ist weder Kapitalismus noch Sozialismus. Eine neue Form der allumfassenden Zwangs- und Staatswirtschaft scheint in Rußland heranzureifen, vielmehr von oben aufkotriert zu werden. Die Allmacht der Diktatur ist aber keine Gewähr für die Lebensfähigkeit dieser Wirtschaftsform, abgesehen davon, daß vom proletarischen Standpunkt aus gesehen „volle Lätze“, Sättigkeit im Sklaventum noch kein Sozialismus ist. Der Diktator hat mit schärfstem Terror über die Widersacher der Generallinie, die diese Wirtschaftsform verwirklichen soll, gesiegt. Die Schicksalsfrage ist aber, ob der Diktator auch über die ökonomischen Elemente, über die sozialen Kräfte, die gegen seine Generallinie sich aufbäumen, siegen kann und siegen wird.

Das Entscheidende ist, daß die Durchführung der vom Moskauer Parteitag gebilligten, im Grunde utopistischen Generallinie mit unerträglichen Entbehrungen für die Volksmassen verbunden ist. „Die Klassen kann man nicht täuschen“ — sagte einmal Lenin. Die Utopie der Generallinie befindet sich im trassen Widerspruch zur Wirklichkeit. Zahlenrausch auf dem Parteitage — Rot und Hunger in Stadt und Land. Gigantische Fabriken und ungenutzte Warenlager. „Integraler Sozialismus“ und steigende Ausbeutung der Arbeiter. „Sozialisierung der Landwirtschaft“ und tatsächliche Wiederherstellung der Leibeigenschaft in Form der Zwangskollektiven. Dies ist die Generallinie, deren problematische Verwirklichung in einer Art Kajaerentumismus mündet.

Der Parteitag ist zu Ende. Die Gärung im Lande, die allgemeine Unsicherheit, die zunehmende Unzufriedenheit haben auf dem Parteitage keinen Widerhall gefunden. Die bolschewistische Partei erstarrt zu einem neuen herrschenden Stand, der immer mehr die Fühlung mit den Volksmassen verliert. Die Stimmung auf dem Parteitage kann am besten als „Schwindligwerden vor lauter Erfolge“ bezeichnet werden. Das Erwachen wird furchtbar sein.

Bom Münzenberg zum Allstein.

Der Weg eines Kommunisten.

In der „Deutschen Presse“, dem Organ des Reichsverbandes der Deutschen Presse, finden wir folgende vielsagende Notiz:

Chefredakteur der „B.Z. am Mittag“ ist jetzt Koll. Höllering, der früher die „Arbeiter-Münsterzeitung“ geleitet hat.

Die „Münsterzeitung“ ist das bekannte kommunistische Widerblatt, das von Willi Münzenberg herausgegeben wird und dem wir schon einige Male recht tröstliche Bildfälschungen nachweisen konnten. Höllering, der dieses kommunistische Blatt früher leitete, ist jetzt bei Allsteins gelandet, um dort an Stelle von Ballenberg die „B.Z.“ zu leiten. Der Kampf gegen die „Sozialisten“ schlägt, wie man sieht, kuriose Burzelbäume.

Bundesrat für Flottenabkommen.

Mehrheit fast 7:1.

Washington, 21. Juli.

Der Bundesrat hat die Ratifizierung des Londoner Flottenpakts mit 53 gegen 9 Stimmen genehmigt.

Danzig und Polen. Der Oberkommissar des Völkerbundes hat gegen Polen entschieden, daß Polen das zur Erweiterung der Eisenbahn erworbenene Hafengelände bezahlen muß — und gegen Danzig, daß sein Abkommen mit Polen über die Tätigkeit des Hafenausschusses bei Hochwasser Gefahr auf der Weichsel nur befristet gilt.

Die Krise des Parlamentarismus.

Reden von Renaudel und Paul Löbe in London.

London, 21. Juli. (Eigenbericht)

In der Montag Sitzung der Interparlamentarischen Union nahmen die deutschen Abgeordneten Paul Löbe, Sollmann, Frau Bohm-Schuch, Frau Schröder und der Wirtschaftsparteiler Lauterbach teil. Auf der Tagesordnung der Sitzung stand die „Evolution des Parlamentarismus“.

Renaudel-Frankreich hielt eine glühende Verteidigungsrede für die Demokratie und für die Notwendigkeit des parlamentarischen Systems, das die beste Sicherung sei für den Frieden. Die Unabhängigkeit des Parlaments sehe jedoch eine Unabhängigkeit der Presse voraus. Gegen die italienischen Delegationen gewandt, erklärte der Redner, ein Parlament, wie in Italien, das die Opposition unterdrücke und ausschalte, habe nichts mit dem Parlamentarismus zu tun. Denn die Freiheit der Opposition sei die erste Voraussetzung für eine Demokratie. Unter stürmischem Beifall erklärte Renaudel zum Schluß, mit einer Anspielung auf Mussolini, gewisse Reden von gewissen Staatsmännern, welche in einem demokratischen Lande gehalten worden wären, hätten ein demokratisches Land, das Pressefreiheit und ein freies Parlament besäße, veranlaßt, diesen Staatsmann einfach davonzujagen.

Das gleiche Thema behandelte

Paul Löbe.

vom Kongreß mit großem Beifall empfangen. Die gegenwärtige Krise des Parlamentarismus, so erklärte Löbe, sei nur ein Ausschnitt aus der durch alle Länder gehenden ökonomischen und sozialen Krise und der dadurch veränderten parlamentarischen Aufgaben. Während früher z. B. die Arbeitslosigkeit fast eine Privatangelegenheit gewesen wäre, sei sie heute eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Die Krise des Parlamentarismus sei ferner durch die Ausweitung und Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen und Jugendliche mitbestimmt, zu denen sich die durch Krieg und Inflation sozial Entrechteten und Entzugenen gesellen. Sie hätten die Extremen und die Gegner des Parlamentarismus gestärkt. Deshalb sei es notwendig, daß auch die Taktik des Parlaments sich diesen veränderten Umständen anpasse. Trotz aller dieser Schwierigkeiten und veränderten Verhältnissen bleibe das parlamentarische System die höhere Form des Staatswesens, die dem Volk mit den erhöhten Rechten auch erhöhte Pflichten auferlege. Die deutsche Sozialdemokratie kämpfe für diese höhere Form des Staates, gegen die Diktatur, die eine Unterdrückung und Wiederholung und die niedere Form des staatlichen Lebens bleiben werde. In Deutschland herrsche, wie gegenüber solchen Auslandseindringlingen festgestellt werden müsse, keine Diktatur, und es sei gerade die Sozialdemokratie gewesen, die um die Erhaltung des parlamentarischen Systems wüßten die Reichstagsauflösung mit herbeigeführt habe. Aber selbst in den Parteien, die heute noch in der Regierung lägen, befänden sich teilweise gute Befürworter und Befenner der Demokratie. Die Diktatur, so schloß Löbe, biete keine Abhilfe, weil die Diktatur mit dem Diktator sterbe, während die parlamentarische Regierungsform so lange lebe wie das Volk, das sie geschaffen habe.

Der Kongreß folgte Löbes Ausführungen mit gespanntester Interesse und spendete ihm zum Schluß stürmischen Beifall.

Konferenz der sozialistischen Teilnehmer.

London, 21. Juli. (Eigenbericht)

Am Montagmorgen traten die sozialistischen Mitglieder der Interparlamentarischen Union zu einer Sitzung zusammen, der u. a. der Sekretär der Sozialistischen Internationale, Adler, sowie der Präsident der französischen Kammer, Buisson und Reichstagspräsident Löbe beizuhöhen. Vertreten waren 16 Länder durch 61 Abgeordnete.

Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte Renaudels Frankreich unter allgemeiner Zustimmung bessere Organisation der sozialistischen Teilnehmer der Interparlamentarischen Union. Das Sekretariat der Internationale wurde ersucht, gemeinsam mit Dr. Winter-Tschechoslowakei, der sich um das Zustandekommen der Sitzung besonders bemüht hat, Vorbereitungen zu treffen, um auf der nächsten Konferenz die sozialistischen Teilnehmer enger zusammenzuschließen. Da das geheime Wahlrecht in Ungarn verwirklicht ist, werden die deutschen Delegierten in der Vollziehung am Dienstag beantragen, das geheime Wahlrecht auf die Tagesordnung des Interparlamentarischen Kongresses 1931 zu stellen.

An den finnischen Ministerpräsidenten

wurde folgendes Telegramm geschickt:

Berlins Telegramm bei der Interparlamentarischen Konferenz in London senden 61 sozialistische Abgeordnete aus 16 Ländern den Ausdruck ihres schärfsten Protestes gegen die dem Vizepräsidenten des finnischen Parlaments Hallila zugefügten unerbörten Drangsalierungen. Wir sehen in dieser Tat, sowie in den Ereignissen der letzten Wochen in Finnland, eine tief bedauerliche Gefährdung des demokratischen Parlamentarismus. Alle unsere Sympathien bei den nächsten Wahlen sind an der Seite jener, die die Demokratie ernstlich verteidigen, insbesondere bei der Sozialistischen Partei.

Zum Schluß der Sitzung beantragte der Vorsitzende Riley-England eine

Sympathiebekundung für die deutsche Sozialdemokratie

in ihrem harten Kampfe gegen die Reaktion. Unter großem Beifall wurde eine entsprechende Entschließung einstimmig angenommen. Reichstagspräsident Löbe dankte in wirkungsvollen Sätzen für die Sympathiebekundung und gab eine kurze Uebersicht über die Lage in Deutschland. Er beendete seine Rede unter stürmischem Beifall mit den Worten: „Die deutsche Sozialdemokratie gibt euch die Versicherung, daß sie auch aus diesem Wahlkampf als die größte Partei Deutschlands hervorgehen wird.“

Auf Antrag Rileys wurde folgendes Telegramm an den Vorstand der deutschen Sozialdemokratie geschickt: „Die sozialistischen Abgeordneten aus England, Frankreich, Belgien, der Schweiz, Schweden, Irland, Dänemark, Letland, Estland, Finnland, Danzig, Holland, der Tschechoslowakei, Rumänien und Südafrika senden ihre herzlichsten Wünsche für einen großen Erfolg bei den nächsten Wahlen.“

Es wird wieder verordnet!

Reichshaushalt und Deckung — aber auch Dsthilfe?

Der Demokratische Zeitungsdienst teilt mit: Am Montagmittag fand eine Besprechung des Reichstanzlers Dr. Brüning mit dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich statt. Es handelte sich dabei um die Vorbereitung der entscheidenden Kabinettsitzung, die am Donnerstag stattfindet. Die Kabinettsitzung ist in doppelter Richtung von besonderer Bedeutung. Erstens wird die Reichsregierung die Entscheidung darüber zu fällen haben, welche unvollendeten gebliebenen Gesetzentwürfe durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden sollen, und zum anderen wird das Reichskabinett über die Ausgestaltung der Notverordnungen im einzelnen Beschluß fassen müssen.

Am Hinblick auf den Kreis der durch Verordnung zu regelnden Materien ist bisher eine Entscheidung noch nicht erfolgt. Grundsätzlich ist nur zu betonen, daß auf dem Verordnungswege mit Hilfe des Artikels 48 nur solche Gesetze verordnet werden sollen, die der Beseitigung des finanziellen Notstandes dienen. Dabei handelt es sich neben den Deckungsvorlagen vor allem um den Reichshaushalt selbst.

Es wird alsdann darüber zu entscheiden sein, welche Gesetze mit dem Reichshaushalt unmittelbar in Verbindung stehen, das dürfte z. B. gelten von dem Gesetz über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, da, wenn die Vor schläge der Reichsregierung keine Gesetzeskraft erhalten, ein neues finanzielles Loch im Etat entsteht. Im allgemeinen muß damit gerechnet werden, daß die Reichsressorts möglichst umfangreich von den Verordnungen auf Grund des Artikels 48 Gebrauch machen wollen. Die Regierung wird sich jedoch, wie verlautet, streng an die verfassungsmäßigen Bestimmungen halten.

Aus den Darlegungen des Demokratischen Zeitungs dienstes leuchtet ganz unerkennbar die Sorge hervor, daß das Kabinett Brüning reichlichen Gebrauch vom Artikel 48 machen könnte, und die Versicherung, daß die verfassungsmäßigen Grenzen eingehalten werden würden, ist wohl mehr eine besorgte Mahnung als eine autorisierte Feststellung.

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet nämlich:

Die agrarische Presse fordert von der Reichsregierung, an Stelle der Dsthilfe Gesetze, die ein Opfer der Politik des Kabinetts Brüning-Schiele geworden sind, Notverordnungen zu legen. Dazu erfordern wir, daß das Kabinett bereit ist, dem zu entsprechen, und zwar soll eine Notverordnung vorerst den Vollstreckungsschutz, der in der Dsthilfe vorgesehen war, bringen. Mit der Veröffentlichung ist bereits in den nächsten Tagen zu rechnen.

Eine zweite Notverordnung soll die Umschuldung in Angriff nehmen. Hier wird die Regierung wahrscheinlich auf eine alte Ermächtigung aus dem Jahre 1928 zurückgreifen. Danach konnte die Reichsregierung Bürgschaften bis 200 Millionen Mark übernehmen. Die Ermächtigung ist jedoch durch die bekannte Anleihe der Landesbankzentrale nur bis 110 Millionen Mark ausgeschöpft worden. Es bietet sich also noch ein Spielraum von 90 Millionen Mark. Die Regierung wird die Verwendung dieser Mittel auf Grund der

bisherigen Verfahren durchführen und von der Gründung neuer Stellen absehen.

Man wird dem Kabinett Brüning in den nächsten Tagen sehr genau auf die Finger sehen müssen!

Verkündung nicht vor Freitag.

Wie gemeldet wird, werden die neuen Notverordnungen des Reichspräsidenten nicht vor Freitag verkündet werden. Die endgültige Beschlußfassung des Reichskabinetts ist nicht vorher möglich, da erst dann sämtliche Minister wieder in Berlin sein werden.

Moldenhauers Pensionsforderungen.

Eine kümmerliche Rechtfertigung durch seine Parteifreunde.

Köln, 21. Juli. (Eigenbericht)

Die Wahlkreisorganisation Köln-Nord des früheren Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer veröffentlicht eine von mehr als 300 Vertrauensleuten gebilligte Erklärung zu der Pensionsforderung Moldenhauers, in der es u. a. heißt, Moldenhauer habe nicht mehr verlangt, als ihm nach der geltenden Gesetzgebung un zweifelhaft zustehe. Er habe insbesondere die Anrechnung seiner mittelbar und unmittelbar im Staatsdienst verbrachten Jahre verlangt, während viele andere Minister ihre auch außerhalb des Staatsdienstes ausgeübte Tätigkeit sich hätten anrechnen lassen. Die jetzt nach 23jähriger Beamtenstätigkeit festgesetzte Pension für Minister Moldenhauer entspreche im wesentlichen seinem früheren Einkommen als Universitätsprofessor.

Die Erklärung geht offensichtlich um die Tatsache herum, daß ein Minister, der viele Volkstreuere monatelang zum Versuch auf einen Teil ihrer Einkünfte aufforderte, selbst alle Möglichkeiten zur Erlangung einer hohen Pension auszunutzen versuchte. Das ist der Kern des Falles Moldenhauer!

Kommunisten gegen Polizei.

Große Tumulte bei dem Frankfurter „Roten Treffen“.

Frankfurt a. d. O., 21. Juli.

Zu Zusammenstößen mit der Polizei kam es hier anläßlich eines „Roten Treffens“ der Kommunistischen Partei, an dem sich etwa 1700 auswärtige Kommunisten beteiligten.

Zahlreiche Kommunisten versuchten, eine Abteilung der Polizei zu umzingeln und zu entwaffnen. Die eingesehten Reservisten, die der bedrängten Abteilung zu Hilfe kamen, wurden mit Fahnenstangen und Stöcken tödlich angegriffen. Als die Beamten daraufhin von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machten, schleuderten die Kommunisten Steine, Flaschen, Bierseidel und andere Gegenstände auf sie. Erst als die Polizei ihre Schußwaffen fertig machte, ließen die Kommunisten von ihrem Angriff ab. Mehrere Polizeibeamte sind verletzt.

Auf Hugenbergs Insel.

Wie und warum seine Presse in Rheinlandbefreiung macht.

Hugenbergs Presse schwelgt in Befreiungsfeiern. Der Festbericht ergießt sich über die ganze erste Seite noch bis weit auf die Innenspalten; was der schreibende Schmol nicht erwünscht, das holt der Photographierende in Bildern nach, die so schön gestellt sind, wie einst zur Kaiserzeit.

Aus diesem Jubelüberschwang mühte der Leser fast schlussfolgern, daß die Deutschnationalen mit Hugenberg an der Spitze die Befreier des Rheinlands gewesen sind. Was weiß auch ein durch dauernde Lektüre des „Total-Anzeigers“ abgestumpftes Gehirn noch von jenen deutschen Patrioten, die im Jahre 1923 das Rheinland wollten „ver-sacken“ lassen; was erinnert sich ein solches Gehirn noch daran, daß Hugenberg die Verträge, durch die das Rheinland befreit wurde, wütend bekämpft und verlangt hat, daß lieber das Rheinland noch länger die feindliche Besatzung aushalten sollte. Hindenburg prangt in sechs verschiedenen Posen auf allen Hugenbergischen Titelseiten: Hindenburg im Auto, Hindenburg zu Fuß, Hindenburg von Kindern begrüßt, Hindenburg vor historischen Gebäuden usw. usw. Und nichts, nichts erinnert mehr an einen gewissen Artikel 4 eines gewissen Hugenbergischen Volksbegehrens, durch den alle Rheinlandbefreier, Hindenburg an der Spitze, ins Zuchthaus gesteckt werden sollten.

Dafür wird Hindenburg von Hugenberg unter Zensur gestellt. In seiner Mainzer Ansprache hat Hindenburg dem verstorbenen Stresemann Worte des Gedankens gewidmet und das historische Verdienst des Außenministers an der Befreiung des Rheinlands gewürdigt. Das paßt den Hugenberg-Trabanten nicht in den Kram, und deswegen werden in ihrer Presse aus Hindenburgs Rede diese Sätze herausgestrichen. Natürlich wegen Raum-mangels... da der Platz für halbseitige photographische Aufnahmen notwendiger gebraucht wurde!

Aber die Ueberfülle der Rheinlandberichte hat wohl noch einen anderen Sinn. Auf Hugenbergs Insel darf nämlich von „Thema“ nicht gesprochen werden. Thema bedeutet in diesem Falle: die Auflösung der Deutschnatio-nalen Partei, die Isolierung Hugenbergs, die Austritts-erklärungen Westarp, Vetterl-Worbeds usw. Durch solche Mitteilungen könnte am Ende das kindliche Gemüt der „Total-Anzeiger“-Leser beunruhigt und sein Vertrauen auf den Führer erschüttert werden. Deshalb unterhält man den Leser lieber davon, daß das Reichsbanner in Mainz zwar „in Hülle und Fülle“ aber — pui doch! — „in schlechter Paradehaltung“ vertreten war. Man kritisiert die „etwas seltsame Art symbolischen Ausdrucks“ des Befreiungsdenkmals. Vielleicht vergißt der Leser darüber zu fragen, wie es mit der Partei des Herrn Hugenberg steht, diesem zu Brei geschmolzenen Block!

Halt — doch eins! Hugenberg läßt sich zum zweitenmal dementieren, daß er mit Hitler wegen eines Wahlbünd-nisses verhandelt habe. Glauben wir! Hitler hat gar nicht mehr nötig, mit Hugenberg zu verhandeln; er frißt ihn a. a. ohne jede Verhandlung unter der glorreichen Hugenbergischen Parole: Rechts heran!

Befreiungsfeier ohne Hermann Müller

Lebhaftes Bedauern der heffischen Regierung.

Reichskomtur a. D. Müller hat an Staatspräsident Dr. A. De-lung ein persönliches Schreiben gerichtet, in dem er sein Ausbleiben an der Befreiungsfeier, an der er so gern teilgenommen, mit dem Wiederauftreten seines alten Leidens entschuldigte.

Der heffische Staatspräsident gab schriftlich seinem Bedauern über das Nichterscheinen Hermann Müllers Ausdruck. Seine Anwesenheit in Mainz hätte der Feier eine besondere Note ge-bracht. Er denke in erster Linie an den weiten erfolgreichen Weg der deutschen Außenpolitik, vom Vertrag von Versailles bis zum Young-Plan, der sich in seinen Endpunkten an den Namen Her-mann Müller knüpfte. Das besetzte Gebiet schulde Hermann Müller vielen Dank und hätte das sicherlich bei seiner Anwesenheit beson-ders sinnfällig zum Ausdruck gebracht. Darum be-dauere er sein Fernbleiben besonders. Der Staatspräsident sandte herzliche Wünsche zur baldigen Besserung.

Der Reichspräsident in Bingen.

Bad Kreuznach, 21. Juli.

Reichspräsident von Hindenburg traf gegen 11 Uhr unter großem Jubel der Bevölkerung hier ein. In seiner Begleitung be-fanden sich Reichsaußenminister Dr. Curtius, Botschafter Frei-herg Langwerth von Simmern, Staatssekretär Dr. Weisner und Oberstleutnant von Hindenburg.

Gegen 1 1/2 Uhr nachmittags erfolgte die Abfahrt durch den Hunsrück nach der nahen Gräfenbacher Hütte, wo während der Zeit des Großen Hauptquartiers Frau von Hindenburg gewohnt hatte. Von der Gräfenbacher Hütte setzte der Reichs-präsident seine Rundfahrt über Stromberg und Wald Algesheim nach Bingen fort, von wo er über die Hindenburg-Brücke wieder nach Etzville zurückkehrte.

Die Mainzer Feier im Pariser Spiegel.

Paris, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Die französische Presse, die sich seit dem Abbruch der Saarver-handlungen in mehr oder minder verhaltenen Ausfällen gegen Deutschland nicht genug tun konnte, bewahrt bei der Kommem-oration der Mainzer Befreiungsfeier eine bemerkenswerte Reserve. Man dürfte nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß diese auffallende Zurückhaltung auch der rechtsstehenden Blätter auf einen deutschen Wind vom Quai d'Orsay zurückzu-führen ist.

Nur die extremistische „Liberté“ hält auch diesmal nicht zu-rück und unternimmt die schriftlichen Angriffe gegen den Reichs-präsidenten und die Teilnehmer der Mainzer Feier, die, nach der Ansicht des Blattes, „jeder Würde bar und eine bezeichnende Rundgebung wildsten Chauvinismus“ gewesen ist.

Der sozialistische „Soir“ stellt mit Genehmigung fest, daß Stresemann und der frühere Reichsminister Müller in der Rede Curtius' und der anderen Festredner ausführlich zu Ehren gekommen seien. Die Rede Hindenburgs kommentiert das Blatt mit großer Zurückhaltung, unterstreicht jedoch, daß auch Hindenburg, einer der Führer des Krieges, sich gezwungen gesehen habe, in seiner Rede eine Verbeugung vor der Idee der Völkerverständigung zu machen.

Hugenbergs Wahlparole:



„Rechts heran!“

Barrifaden in Kairo.

Kämpfe auch in Port Said.

Kairo, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Die Hauptstadt Ägyptens war am Montag der Schau-platz blutiger Kämpfe. Wie angekündigt, erschienen An-hänger der Waqf-Partei in Massen, um in das Parla-mentsgebäude einzudringen, da der König die Parla-mentsession geschlossen hat, um seine Regierung vor dem heute fälligen Mißtrauensvotum zu schützen. Polizei und ägyptische Truppen hinderten sie daran. Die Demon-stranten errichteten Barrifaden. Der gesamte Straßen- und Geschäftsverkehr ruhte. An verschiedenen Plätzen der Stadt wurde gekämpft. Bis abends waren ein Toter und 89 Verwundete zu verzeichnen. Die Verluste der Polizei sind unbekannt. 329 Demonstranten wurden ver-haftet.

Auch in Port Said kam es zu schweren Unruhen. Hier sind ein Toter und 21 Verletzte zu beklagen, auch die Polizei hat Verletzte. Während der Kämpfe war das Europäerviertel durch Truppenkordons abgeriegelt.

Die Zahl der Opfer wächst.

London, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Die Lage in Ägypten ist ernst. Die Zahl der Opfer in Kairo ist auf vier Tote und 119 Verletzte gestiegen. Von den Hafensstädten des Suez-Kanals kamen an die hauptstädtische Polizei SOS-Rufe, da die Unruhen fort-dauern. In Port Said wurden 70 Personen verletzt. Gemäßigte ägyptische Politiker verlangen die Ab-dankung Fuads und des Ministerpräsidenten.

Profest auf der Interparlamentarier-tagung.

London, 21. Juli.

Auf der Interparlamentarischen Konferenz hat der ägyptische Delegierte einen Antrag eingebracht, der sich gegen die Aufhebung des parlamentarischen Regimes in verschiedenen Ländern wendet. Der Antrag wurde einem Ausschuß überwiesen. Der Antragsteller erklärte, die Ägypter wollten die verfassungsmäßigen Rechte gegen die brutale Autokratie verteidigen.

Politische Tragödie in Bayern.

Was in Regensburg eine kommunistische Lehrerin zu erwarten hat.

München, 21. Juli. (Eigenbericht.)

In der Regensburger Heil- und Pflegeanstalt ist die dort seit einigen Tagen untergebrachte Lehrerin Ely Radbaque einem Herzschlag erlegen. Damit hat sich unerwartet schnell eine Tra-gödie erfüllt, an der das bayerische Kultusministerium ein gerüttelt Maß von Schuld hat.

Gräulein Radbaque, die seit 16 Jahren im bayerischen Volks-schuldienst stand und nach dem Eingeständnis der Unterrichtsver-waltung niemals zu irgendwelchen Beschwerden Anlaß gegeben hat, wurde am 28. Juni unter Verweigerung sämtlicher An-sprüche aus ihrer Stellung zum 1. Juli fristlos entlassen mit der Begründung, daß sie Kommunistin sei. In-zwischen ist festgestellt worden, daß die Lehrerin der Kommunisti-schen Partei angehörte, sich aber niemals weder in Versammlungen noch sonst aktiv in der KPD. betätigt hat. Die fristlose Entlassung unter Abkennung sämtlicher Rechte einschließlich der Ruhestands-versorgung hatte bei der Betroffenen einen schweren Nerven-zusammenbruch zur Folge, dem sie nun erlegen ist. Als die unumschließliche Behandlungsweise, die der Lehrerin durch die Kreis-regierung in Regensburg zuteil geworden ist, vor wenigen Tagen im Landtag von sozialdemokratischer Seite zur Sprache gebracht wurde, mußte der Minister unter dem Druck der allgemeinen Miß-billigung die Zusage machen, daß er den Fall noch einmal nach-prüfen werde. In der Zusage des Ministers war auch angedeutet, daß sich nach seiner Prüfung das Vorgehen der Kreisregierung vielleicht fortrichtiger ließe. Diese Zusage hat aber auf das seelische und körperliche Befinden der verfolgten Lehrerin keinen Einfluß mehr gehabt. Unter Zeichen von Verzweiflungswahn brach sie am Sonntag völlig zusammen und verschied nach kurzer Zeit an einem Herzschlag.

Sächsischer Regierungswirrwarr.

Neue Pleite einer antimarxistischen Kabinettsbildung.

Dresden, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Am Montag verhandelten die bürgerlichen Rechtsparteien unter dem Vorbehalt des ehemaligen Finanzministers Weber nochmals über die Bildung einer Regierung unter Einfluß der National-sozialisten. Die Demokraten und die beiden Abgeordneten der „Natio-nalsocialen Gruppe“ hatten eine Beteiligung an den Verhandlungen abgelehnt. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos.

Weber hatte den Parteien vor den Verhandlungen brieflich eine Ministerliste zugehen lassen, nach der die Deutschnationalen das Innenministerium und die Nationalsozialisten das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erhalten sollten. Die Nationalsozialisten erklärten sich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden und stellten im Verlauf der Verhandlungen einen Antrag auf Auflösung des Landtags in Aussicht. Als die Volkspartei und der christlichsozialistische Volksdienst ebenfalls Schwierigkeiten machten, stellte man ihnen zu ihrer Beruhigung die

Abzweigung eines Ministeriums in Aussicht. Unsicher denn je gingen die Parteien schließlich auseinander, so daß die auf der Tagesordnung der Dienstagssitzung des sächsi-schen Landtags stehende Wahl des Ministerpräsidenten wiederum ergebnislos verlaufen wird und die Regierung Schied bis zum Herbst zunächst im Amte leben dürfte.

Antifeminitisches Ministerattentat.

Feme am rumänischen Vizeminister.

Die rumänische Regierung ist endlich gegen die anti-feminitische Pogromhete des Professors Guja und seiner Anhänger vorgegangen, sie hat z. B. die Abhaltung der Märkte in Bessarabien verboten, um Ausschreitungen gegen die sehr zahlreichen Juden in diesen Städten vor-zubeugen. Zur Strafe für das Aufmucken gegen die landesübliche Judenhege ist nun der Stellvertreter des — zu seinem Glück — verzeigten Innenministers gemuechelt worden.

Ein Budapestter Blatt meldet folgende Einzelheiten: Um 11 Uhr melde ten sich acht Studenten im Ministerium des Innern beim Staatssekretär Constantin Angelescu, dem Vertreter des beurlaubten Innenministers Vajda Bojwood. Sie warteten geduldig im Vorzimmer des Ministers bis gegen 13 Uhr. Kurz nachdem sie in das Zimmer des Staatssekretärs eingetreten waren, hörte man acht Revolverschläge. Beamte eilten hinzu und fanden den Staatssekretär auf dem Boden liegend und blutend vor, während ein Student namens Bezo, Mitarbeiter des Blattes „Epoca“, einen nach rauchenden Revolver in der Hand hielt. Der Attentäter ver-suchte zu flüchten, doch verfolgten ihn die Beamten auf dem Korridor den Weg und verhafteten ihn zusammen mit den übrigen Studenten. Bei der ersten Durchsuchung fand man bei ihm einen zweiten Revolver, und er gab ohne weiteres zu, daß er die coenuell verfangende Waffe sofort durch die andere wirksam erfeßt hätte. Er teilte auch mit, daß die Absicht bestehe, alle Minister zu ermorden. Inzwischen wurde festgestellt, daß Angelescu am Kopf, Schulter und Arm von je einer Kugel verletzt worden ist. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo die drei Augen entfernt wurden. Sein Zustand ist sehr bedenklich. Ministerpräsident Maniu und der Innenminister sind sofort nach Bukarest gekommen. Der Attentäter hat an der Spitze der rumänischen Vertretung des Vereins mazedonischer Studenten gestanden und den Anschlag aus politischer Rache mit der Begründung begangen, daß Staats-sekretär Angelescu durch seine Maßnahmen gegen die Anti-feminiten zu einem Verräter an der nationalen Sache Rumäniens geworden sei.

In der Hamburger Enfführungssache ist der Demetra-Angestellte Schmidt verhaftet worden. — Die Sowjetbolschewisten behaupten, der ältere Scheidat (nicht Scheinbold) sei nicht zum Tode verurteilt, der Sohn aber freiwillig nach Moskau gereist.

27. Tagung der Bergarbeiter.

54 000 Arbeiter abgebaut, 50 Millionen Lohnausfall durch Feierschichten.

Breslau, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Im Gewerkschaftshaus begannen heute die Verhandlungen der 27. Generalversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands mit den üblichen Begrüßungsreden.

Der erste Verbandsvorsitzende Husemann-Buchum ergänzte den gedruckt vorliegenden Verwaltungsbericht. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist in den letzten beiden Jahren um 2 Prozent zurückgegangen und zwar hauptsächlich infolge der schlechten Wirtschaftslage, die insbesondere im Laufe des letzten Jahres mit besonderer Heftigkeit über den Bergbau hereingebrochen ist. In der Ruhr sind 37 000, in Oberschlesien 12 000, in Niederschlesien fast 2000, in Sachsen fast 3000 Arbeiter abgebaut worden. Dazu kommt noch die Fülle von Feierschichten, durch die

allein im Ruhrgebiet ein Lohnausfall von 43,2 Millionen Mark

und in Oberschlesien ein solcher von 5,6 Millionen Mark verursacht wurde. An der Ruhr allein dürfte der Kaufkraftausfall durch Belegschaftsausfall und Feierschichten etwa 60 bis 65 Millionen Mark ausmachen.

Im Saargebiet habe verhältnismäßig günstige Konjunktur geherrscht. Die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau lägen gleich denen des Steinkohlenbergbaus, ebenso im Erzbergbau. Im Kupferbergbau habe der gewaltige Preissturz ungeheure Schwierigkeiten gebracht.

Krisenzeiten erschweren die gewerkschaftliche Arbeit erheblich. Die Propaganda der Arbeitgeberverbände will der Deffenlichkeit und den Staatsinstanzen einreden, daß die Gewerkschaften in sozialen Ringen grundsätzlich stärker seien; sie will damit das Unternehmertum als Märtyrer hinstellen, um so besser um Sympathien werben zu können. Unter Führung finden die freien Gewerkschaften bei ihren Auseinandersetzungen fast nur in der sozialdemokratischen Presse. Ihnen kann es nicht gleichgültig sein, wie die Parlamente zusammengesetzt sind. Da die sozialdemokratische Partei bisher die einzige gewesen ist, die die Interessen der Bergarbeiter in jeder Hinsicht gefördert hat, haben sie die Pflicht, alles dafür einzusetzen, daß die Sozialdemokratie verstärkt aus dem Wahlkampf hervorgeht. (Lebhafte Zustimmung des gesamten Verbandstages.) Zur Frage der

Rückgliederung des Saargebietes

bemerkte Husemann: Wir begrüßen die Verhandlungen über die vorzeitige Rückgabe, aber niemals können wir auf die Forderung sozialistischer Beteiligung eingehen. Die Gruben müssen an die früheren Besitzer zurückgegeben werden. Ist dieses Ziel nicht zu erreichen, dann ist bis zum Abstimmungsstermin zu warten.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik, deren Ausbau infolge der schädlichen Auswirkungen der Rationalisierung dringend nötig ist, sind während der letzten Jahre Verbesserungen durchgeführt worden. U. a. gelang es, die Zahl der entschädigungspflichtigen Berufsrankeiten zu erweitern. Die Knappheitsversicherung habe unter der Ungunst der Verhältnisse schwer zu leiden. In allen Revieren und Bergbauarten wurde eine Steigerung des Reallohnes erreicht, und zwar prozentual stärker als die Löhnerung. Im Kampf um die

Verkürzung der Arbeitszeit

waren von 48 Bewegungen 36 oder 75 Prozent erfolgreich. Während der letzten beiden Jahre wurden vom Bergarbeiterverband 7700 Rechtschuttsfälle erledigt und bei den Klagen der Mitglieder über eine Million Mark herausgeholt. Die beiden letzten Betriebsräte wahlen zeigten zwar eine höhere Beteiligung, jedoch ging der Prozentsatz der freien Gewerkschaften von 74 Prozent im Jahre 1928 auf 52 Prozent im Jahre 1930 zurück, weil die kommunistische Partei in Verbindung mit den Unorganisierten im verstärkten Maße eigene Listen einreichte und dem Verband dadurch 100 000 Stimmen verloren gingen. Die Kommunisten gehen mit dem schärfsten Terror vor. Ihre Agitation, die mit den verwerflichsten Mitteln arbeitet, ist der größte Hemmschuh für die Gewerkschaften und damit auch für den sozialen Aufstieg der Bergarbeiterschaft.

Husemann betonte zum Schluß, daß Stärkung des gegenseitigen Vertrauens, gesteigerte Bildung der Arbeiter und vor allem auch der Jugend — der Verband konnte einen Zuwachs von mehr als 3000 Jugendlichen während der letzten Jahre buchen — mit Zuversicht erfüllen dürfe.

Kassierer Bittner teilte über die Kassenerhältnisse mit, daß trotz des Mitgliederrückganges eine verbesserte Beitragsleistung zu verzeichnen sei. Die Ausgaben für Bildungszwecke hätten sich erhöht. Bittner wandte sich scharf gegen die Agitationsküge der Arbeitgeber, daß die Verwaltungsstellen 50 Proz. der Verbandsinnahmen vorzuschlagen. Sie beziffern sich, soweit die Hauptverwaltung in Frage komme, auf 2,73 Proz.

Dem Bericht der Kontrollkommission ist zu entnehmen, daß die Geschäftsführung misstergütlich ist und zu Beanstandungen keinen Anlaß gibt. Es wurde Entlastung des Gesamtverbandes beantragt.

Die ausführliche Debatte, die sich bis in die Abendstunden hinzog, wurde eröffnet vom Bezirksleiter des Saarreviers, der die Verständigung mit Frankreich zu fördern bat. Sie werde dem Revier großen Nutzen bringen. Ein Oppositioneller, Weikart aus Feil, beklagte, daß im Bergarbeiterverband noch immer der Geist der Wirtschaftsdemokratie herrsche. Er sprach im übrigen sehr zahn, bis er zur Verlesung einer Entschließung kam, die aus einem kommunistischen Parteisekretariat stammt und die Verwaltungsleitung Mißgunst an dem Nord von Hausdorf durch die Politik des Ruhrhandels und des Arbeiterpatriats vorwirft. Diese Dreistigkeit löste

einen Sturm der Entrüstung

aus. Dem Oppositionellen wurde sofort durch einen Mansfelder Knappen klargemacht, wie sich die Oppositionellen auf die Unorganisierten stützen und den Gewerkschaftsmitgliedern in den Rücken fallen. Sie seien die ersten gewesen, die einführen, als von den Gewerkschaften der Streik im Mansfelder Bezirk beschlossen worden sei.

Als Gesamtergebnis der Debatte, die sich nur wenig mit den vorliegenden Anträgen beschäftigte, kann festgestellt werden: einmütige Ablehnung der kommunistischen Strauchritermethoden, Anerkennung der Erfolge, die die Verbandsarbeit und Verbandsführung erzielt haben, und stärkere Betonung der Zusammengehörigkeit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Um 6 Uhr wurde die Versammlung auf Dienstag vormittag vertagt.

nach zu überbleiben. Doch wie jämmerlich ist die KPD dabei unter die Räder gekommen. Die letzte Hoffnung auf Segen stützte sich auf die „Abwürgung“ des Streits. Ganz offen wurde ausgesprochen, daß die kommunistische Parteiführung deshalb unerfüllbare Forderungen aufgestellt habe, um später ihr Verratsgeschrei ertönen lassen zu können. Die Mansfelder Arbeiterschaft hat jedem ganz eindeutig zu erkennen gegeben, daß sie es ablehnt, als Kanonenfutter für die kommunistische Parole zu dienen.

Die Spekulation auf die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit dem Abschluß der Bewegung wird bestimmt nicht die erhoffte Ernte bringen. Eine Partei, die seit sechs Wochen in Mansfeld für alle sichtbar nur mit Lug und Trug arbeitet, hat jeden Kredit eingebüßt. Einige wenige von denen, die nicht alle werden, werden der KPD in Mansfeld nachlaufen, bis auch diesen eines Tages der Star gestochen ist.

Friseurgehilfen-Internationale.

Die Bekämpfung des Trinkgeldwesens eingeleitet.

Auf dem sechsten Internationalen Friseurgehilfenkongress vom 15. bis 18. Juli im Volkshaus in Kopenhagen waren die Verbände von Dänemark, Deutschland, Frankreich, Norwegen, Österreich, Schweden und der Tschechoslowakei vertreten. Den IGB vertrat der Genosse Jacobsen, Kopenhagen. Bei der Eröffnung des Kongresses, dem ein Empfang durch den Vorstand des dänischen Verbandes vorausgegangen war, wurde insbesondere des jüngst verstorbenen französischen Kammerdeputierten Genossen Alexander Luquet gedacht, als Mitbegründer und Förderer der Internationalen Friseurgehilfen-Union. Dem Tätigkeitsbericht des Internationalen Sekretärs Friedrich Ehlhorn wurde nach eingehender Diskussion zugestimmt, ebenso dem von Karl Lorenz, Berlin, erstellten Kassenericht.

Die Forderung auf Zulassung je einer gewissen Zahl von Friseurgehilfen ins Ausland zur beruflichen und sprachlichen Ausbildung begründete Schubert, Wien. Die von ihm vorgeschlagene Resolution fand die Zustimmung des Kongresses. Die Trinkgeldfrage behandelte Ehlhorn, der das Trinkgeldwesen als einen Keil gegen die Solidarität, einen Hemmschuh für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation und als Hindernis zur Erreichung ausreichender Löhne erklärte. Die Abschaffung des Trinkgeldwesens dürfe nicht länger als ein Wunsch behandelt, müsse vielmehr auf der ganzen Linie unermüßlich angestrebt werden. Die von dem Referenten vorgeschlagene Resolution erschien einem Teil der Delegierten als zu weitgehend, wurde aber mit einigen Änderungen angenommen.

Die Kampftätigkeit der dänischen Friseurgehilfen schilderte H. M. Christensen, Kopenhagen. Im Jahre 1927 wurden die organisierten Friseurgehilfen in Kopenhagen auf Befehl der Meistervereinigungen ausgesperrt. Die ausgesperrten richteten eigene Friseurgeschäfte ein, die jedoch anfänglich nur schwach beschäftigt wurden. Um in dem ausgehenden Kampfe nicht zu unterliegen, wurden die Bediensteten herabgesetzt, und seitdem erheben sich die über 20 Geschäfte der Friseurgehilfen Kopenhagens, die „Figaro“-Salons, mit durchschnittlich 350 beschäftigten Gehilfen und Gehilfinnen eines außerordentlich starken Besuches. Der „Figaro“ läßt unter seiner Marke Toilettenartikel, Seifen und Parfümerien herstellen, die er zu billigen Preisen verkauft. Die

kleinen weniger rentablen Geschäfte sollen ausgegeben und die mittleren und größeren Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten weiter ausgebaut werden. Die Meister, die die organisierten Gehilfen brotlos machen wollten, beschuldigen heute die „Figaro“-Geschäfte, ihnen das Brot vom Munde fortzunehmen. Der Kongress sollte der Kampftätigkeit der Kopenhagener Kollegen seine Anerkennung, konnte sich jedoch nicht entschließen, die Organisationen allgemein auf die in Kopenhagen notgedrungen geübte Preispolitik festzusetzen.

Ein weiter vorgesehener Referat von Pagés, Paris, über das Verbot explosiver Kopfwaschmittel soll dem Verhandlungsprotokoll beigegeben werden. Beschlossen wurde, für die Folge den Geschäftsbericht, Referate und Entschließungen vier Wochen vor Beginn einer Tagung den angeschlossenen Landesorganisationen zuzustellen und Abänderungsanträge spätestens bei Beginn der Verhandlungen zuzulassen, um Mißverständnissen durch die Uebersetzungen zu begegnen und einen reibenden Verlauf der Kongresse herbeizuführen. Ein weiterer Beschluß bedauert das Ausbleiben des angemeldeten Vertreters des amerikanischen Bruderverbandes und wünscht die Weiterführung der angebotenen Beziehungen.

Als internationaler Sekretär wurde Ehlhorn wiedergewählt. Der nächste Kongress soll bereits in zwei Jahren abgehalten werden, da dann die Union 25 Jahre besteht, und zwar in Budapest oder in Köln. „Sozial-Demokrat“, dem Kopenhagener Parteiblatt, wurde für seine Berichterstattung der besondere Dank des gut verlaufenen Kongresses ausgesprochen.

Die Akkordlohnkürzung in Oberschlesien

In der Streitsache der ober-schlesischen Eisenindustrie wegen des Abbaues der Akkordlöhne hat heute der stellvertretende Schlichter, Oberregierungsrat Professor Kramer, Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften geführt, bei denen die Sach- und Rechtslage eingehend erörtert wurde. Die Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß bei der Festlegung der neuen Akkorde die Bestimmungen der Arbeitsordnung nicht beachtet seien, wonach die Akkorde mit den einzelnen Arbeitnehmern vereinbart werden müssen, und daß deshalb auch die von den Betriebsvertretungen ausgesprochenen Proteste den Arbeitgebern keinen Anlaß zur Entlassung von Arbeitern geben dürfen.

Der Schlichter stellte fest, daß für die Erledigung der vorliegenden Streitsache nicht das Schlichtungsverfahren, sondern das arbeitsgerichtliche Verfahren in Betracht kommt.

Angeestellte der gesamten Metallindustrie.

121-Mitgliederversammlung der Metallindustrie (BMMJ-Larifgebiet) Dienstag, 22. Juli, 19:30 Uhr, in den Germania-Prachtstätten, Berlin N. 4, Chausseest. 110. Tagesordnung: Masseneinstellungen, Arbeitszeitverkürzung, Gehaltsabbau. Bericht von den Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister.

Die Vorgänge in den Großkonzernen Siemens, AEG, und Bergmann bedingen, daß die 121-Mitglieder aller Metallbetriebe reiflos erscheinen. Ausweis: Mitgliedsbuch.

121-Metallkartell.

Bulab, Gänther; DWB, Jäger; JdL, Goffardt, Lange.

Achtung Buchdrucker! Bei der Firma Kisterberg u. Co., Berlin SW, Belle-Alliance-Str. 92, sind infolge verheerender Lohnabbau-Differenzen ausgebrochen. Alle Kollegen haben ihre Kündigung eingereicht, vier Maschinenleger sind nach vorausgegangener Kündigung bereits am 18. Juli entlassen worden. Die Firma läuft unter dem Namen: Robert Richter u. Co., Spezialbetrieb zur Herstellung von Maschinenlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 92* Maschinenleger. Bei allen Konditionsangeboten sind vorher Erkundigungen auf dem Gaubüro einzuziehen.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Gauvorstand Berlin.

Aufgehobene Sperre! Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind die Differenzen mit den nachstehenden Betrieben beigelegt und die Sperren daher aufgehoben: Hotel und Restaurant Jägerheim, Inhaber: Eberhardt, Grünau; Gesellschaftshaus, Inhaber: Liebing, Grünau; Wendenschloß, Inhaber: Ulbe.

SSG, Kabaner 24. Morgen, Mitttag, 9 Uhr, und 19 Uhr, im Lokal Riese, Neu-Blumenberg, Auerstraße, Ecke Gieselerstraße, 58B. Realisationsversammlung mit Gewerkschaften. Beträge: „Terrorist oder Diktator?“ Um rechtigen Besuch bitten: Der Realisationsvorstand.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Es spielt die Gruppe Südwesten jeden Dienstag auf dem Sportplatz am Urban. — Kartellkreis: Jeden Dienstag Kreisabend im Volkshaus, Berlin. — Deutscher Dienstags, 19:30 Uhr, tagen die Gruppen: Kreptow: Gruppenheim, Schule Wilmersbrunn, 13-54 (Kortzimmer), Vortrag: „Recht und Pflicht.“ — Humboldt: Jugendheim Grünau, Ecke Korkingstraße, Vortrag: „Ehre hilft bei Unglücksfällen.“ — Spandau: Gruppenheim, Gödd, Jugendheim, Vindener 1, Vortrag: „Die Gewerkschaften im Ausland.“ — Kronfurter Meer: Gödd, Jugendheim Vindener Str. 18, Vortrag: „Die Einheitsgewerkschaften Berlins.“ — Landberger Weg: Gruppenheim Döbelineerstr. 5, Vortrag: „Jugendrecht und Jugendklub.“ — Wilmersberg: Jugendheim Pankow, 22, Vortrag: „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Gefahren.“ — Neu-Blumenberg: Jugendheim Gieselerstr. 44, Vortragsabend: „Die Kraft Brandenburg.“ — Prenzlauer Berg: Gruppenheim Pankow, Rillingenstr. 48, Gewerkschaftlicher Diskussionsabend. — Südost: Gewerkschaftshaus, Gieselerstr. 24B, Caal 11 des Fabrikarbeiterverbandes, Mitttägliches und Sonntägliches.

Zuendardruppe des Zentralverbandes der Anaeistellen

Deute, Dienstag, ist folgende Veranstaltung: Kartellkreis: Jugendheim Lehrter Str. 18-19, Liederabend.

Verantwortlich: Dr. Volkst. Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: Otto Schindler; Freizeitsport: R. S. Wölke; Lokales und Sonstiges: Reich Rostkötter; Anzeigen: Th. Stader; sämtlich in Berlin. Berlin: Formaris-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. und 3. Etage.

Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

Der Bezirksausschuß der revolutionären Gewerkschaftsopposition für Berlin-Brandenburg-Lausitz beruft zu Sonntag, dem 27. Juli 1930, eine Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition ein. In Betrieben und Abteilungsversammlungen sollen Delegierte zu dieser Bezirkskonferenz gewählt werden.

Wir machen unsere Mitglieder auf den Aufruf des Vorstandes vom 26. Oktober 1929 in der „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 43 aufmerksam, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Teilnahme unserer Mitglieder an derartigen Veranstaltungen eine verbandschädigende Handlung ist. Unsere Verbandstage haben die Mitglieder verpflichtet, derartigen Treiben in jeder Weise zu bekämpfen. Wir ersuchen, daß sich kein Mitglied anderer Organisationen als Delegierter zu dieser Konferenz wählen läßt. Verstöße gegen die Beschlüsse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes können mit den sich daraus ergebenden Folgen getragen werden.

Die Ortsverwaltung.

Der Tarifbruch des BMMJ.

Besprechungen im Reichsarbeitsministerium.

Im Reichsarbeitsministerium fanden am Montag Besprechungen zur Lösung des Gehaltskonflikts in der Berliner Metallindustrie statt. Sie sind noch nicht völlig abgeschlossen. Am Dienstag werden die Angestelltenverbände in einer gemeinsamen Erklärung zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis Stellung nehmen.

Das Vorgehen des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, der trotz des Widerspruchs der Gewerkschaften und der bestehenden vertraglichen Bestimmungen die Gehälter in einem geradezu ungeheuerlichen Ausmaß abbauen will, ist nichts anderes als Tarifbruch. Sein Versuch, mit Hilfe von Revoren die Angelegenheit zum Gehaltsabbau zu zwingen, kann unmöglich bei den verantwortlichen Stellen Anklang finden. Die Berliner Metallindustriellen scheinen den Widerstand der Angestellten etwas unterschätzt zu haben. Die einheitliche Abwehrfront der Angestellten ist für sie ein Warnungszeichen.

KPD-Pleite in Mansfeld.

Es zieht nichts mehr.

Vom Bergbauindustriearbeiter-Verband wird uns geschrieben: So sicher nach dem A das B folgt, so folgt nach einem wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften das Geschrei der Kommunisten über Verrat.

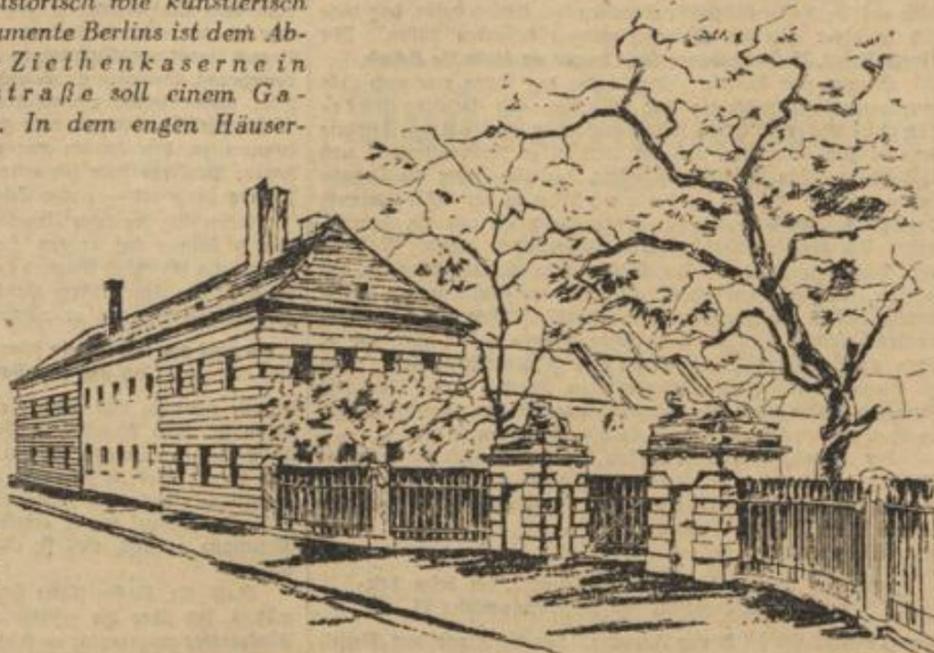
Die „Revolutionäre“ sehen es höchst ungern, wenn eine wirtschaftliche Bewegung der Gewerkschaften mit Erfolg beendet wird, da dann ihr partei-politischer Kurs fällt. Aus rein agitatorischen Gründen gasteln sie Arbeitervertretung vor, stellen Forderungen auf, von denen sie genau wissen, daß sie in absehbarer Zeit nicht erfüllbar sind, in der spekulativen Annahme, daß die Arbeiterschaft die kommunistischen Machenschaften nicht durchschaut. Die ganze Tätigkeit der KPD geht darauf aus, während der wirtschaftlichen Kämpfe einige Erntetage für ihre banterrotte Partei zu bekommen.

Während des Mansfelder Streits hat die KPD-Presse tagtäglich ihren „Massestempel“-Lesern vorgelogen, daß sie die Bewegung in Mansfeld in der Hand habe und führe. In Wirklichkeit hatte sie absolut nichts zu melden. Die Leser der „revolutionären“ Lügenpresse waren erstaunt über die Einfaltstollheit ihrer „Kantiprecher“, wenn sie selbst in das Streikgebiet hineinkamen. Die Proklamationen der KPD hatten ja nur den einzigen Zweck, Geldsammlungen einzuleiten, um die Ebbe in der Parteikasse der KPD zu beheben.

Die ruhmvolle Tätigkeit der sogenannten kommunistischen „Streikführung“ bestand neben dem Presseschwindel in allzu blöder Heberei gegen die Gewerkschaftsführung. Bief Kraft ward hier unnütz vertan. Ein einziger Anbied genügte, um die Konjunkturpolitiker in ihrer ganzen Erbärmlichkeit nackt zu zeigen. Die gewaltige Demonstration der Gewerkschaften im Streikgebiet machte die Gewerkschaftsfeinde zwar nicht stumm, aber ihr heiseres Getöse ließ ihren Mißerfolg erkennen. Schließlich versucht man es ebenfalls mit einer Demonstration. Die besten Zupferde wurden aus dem Stall geholt, um die „Masse“ auf die Beine zu bringen, und die Gewerkschaftsdemonstration womöglich

Von der Kaserne zur Garage

Eins der schönsten, historisch wie künstlerisch gleich wertvollen Baumonumente Berlins ist dem Abbruch verfallen. Die alte Ziethenkaserne in der Alexandrinenstraße soll einem Garagenhaus weichen. In dem engen Häusergewirr um die Alexandrinenstraße liegt der alte Bau weit ausladend mit seinen mächtigen Flügeln, mit seinem reizvoll verwilderten Garten als Erinnerung an eine Zeit, in der mit Platz und Baumaterial noch nicht gespart zu werden brauchte. Ganz schlicht, ohne Prunk, allein durch seine klassische bauliche Gliederung in Verbindung mit wenigen originellen Skulpturen wirkend, ist die Kaserne ein Sinnbild der Zeit. Friedrich Wilhelm der Zweite, der Vater Friedrich II., erbaute sie, um die ersten Husaren aufzunehmen. Ziethen erhielt die Kaserne zum Geschenk, die Familie gab sie jedoch später dem preussischen Staat zurück unter der Bedingung, daß an der Fassade nichts geändert werde. Warum, fragt man sich, verkauft eigentlich das



Das Portal in der Alexandrinenstraße

Finanzamt dies baukünstlerisch so interessante Haus, das mit seinen 80 cm dicken Mauern noch Jahrhunderten trotzen und vielen eine Wohnstätte bieten könnte? In dem dicht bevölkerten Wohnviertel mit seinen Hunderten von Kindern muß der schöne Garten nun dem Lärm und Benzindunst weichen.

Wer ist der Unhold von Hermsdorf?

Eine wichtige Zeugin meldet sich.

Zu dem schweren Sittlichkeitsverbrechen an dem 4½ Jahre alten Mädchen erfahren wir, daß sich bei der Kriminalpolizei eine ältere Frau gemeldet hat, die bisher die einzige Zeugin ist und deren Befundung von außerordentlicher Wichtigkeit ist.

Die Frau, die auch in der Gegend des Weddings wohnt, kannte die kleine Gerda genau. Am vergangenen Freitag vormittag hatte sie Einkäufe besorgt und sprach, ehe sie ihr Haus betrat, noch mit einer Bekannten auf der Straße. Sie sah einen Radfahrer in der Richtung nach der Müllerstraße davonfahren. Aus der Lenkstange seiner Maschine sah die ihr bekannte kleine Gerda, die freudig lachte und in die Hände klatschte. Das Gesicht des Mannes konnte die Zeugin nicht erkennen, wohl aber kann sie einiges über sein Aussehen sagen. Er mochte etwa Ende der dreißiger Jahre sein und war von schlanker Gestalt. Da er ohne Kopfbedeckung war, erkannte die Zeugin, daß er rötlich-blondes Haar hatte, das am Hinterkopf etwas gelichtet war. Er trug ein hellbraunes Jackett. Diese Beschreibung der Kleidung würde mit dem zusammenpassen, was das achtjährige Mädchen befundet, die am Montag vor acht Tagen fast das Opfer eines Un-

holdes gemorden wäre. Danach scheint es beinahe, als ob derselbe Unhold nach dem vergeblichen Versuch am Montag einige Tage darauf wieder ein Kind an sich gelockt hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Unhold sogar in jener Gegend wohnt. Die Aussagen von weiteren erwachsenen Zeugen wären für die Ermittlung dieses Verbrechens von größter Bedeutung. Alle, die über ihn irgend etwas wissen, werden dringend gebeten, sich an Kriminalkommissar Geister im Polizeipräsidium zu wenden.

Neues Verbrechen an einem Kind.

Im Hause Hohenzollernplatz 13 in Neutölln wurde am Montag mittag ein Dreihörgelepieler im Flur überrascht, wie er sich an einem 8 Jahre alten Mädchen verging. Das Kind war dem Musikanten schon auf mehrere Höfe gefolgt, um sich sein Spiel anzuhören. Im Flur des letzten Hauses sprach der Mann das Mädchen an und es kam zu dem Verbrechen. Ein Bäckerlehrling, der den Ascheneimer auf dem Hof ausschütten wollte, sah den Vorgang und schlug sofort Alarm. Der Mann versuchte, mit seinem Beierkasten schnell zu flüchten, wurde aber bald eingeholt und der Kriminalpolizei übergeben. Es ist ein 32 Jahre alter Rog A. aus der Zietenstraße. Er gibt die Tat zu und wird dem Polizeipräsidium eingeliefert werden.

Einer, der kein Glück im Leben hatte.

Prozeß gegen einen Eisenbahnräuber.

Ein höflicher Räuber, dieser Willi B., der sich vor dem Schöffengericht Spandau wegen Raubüberfall auf den Adventistenprediger Klenast zu verantworten hatte. Unweit Rauens hielt er dem Prediger im Eisenbahnabteil einen Revolver vor, sagte zu ihm: „Es tut mir leid, ich brauche Geld. Keinen Laut!“ Als der Bedrohte sich erhob, um Alarm zu schlagen, gab er einen Schuß ab und sprang aus dem Zuge. Die Kugel durchbohrte den linken Unterarm des Predigers, durchschlug das Notizbuch in der linken Brusttasche, prallte an der Brieftasche ab, durchlöchernte Weste und Hemd, verletzte leicht die Haut und fiel zu Boden. Das Geld, auf das es der Räuber abgesehen hatte, wurde des Ueberfallenen und gleichzeitig auch B.'s Rettung. Das Gericht verurteilte B. nur zu acht Monaten Gefängnis.

Dem Angeklagten ist in seinem Leben nichts erspart geblieben. Seine Eltern hat er nie gekannt. Aus der Fürsorgeanstalt in Strausberg und der Brandenburger Provinzialanstalt für Schwachsinnige und Epileptische in Potsdam kam er zu verschiedenen Bauern in Arbeit; lief davon und trieb sich in Hamburg umher. Nach seiner Volljährigkeit aus der Fürsorge entlassen, begann er ein unftetes Leben in homosexuellen Lokalen, im Gefängnis und auf der Walze. Das letztemal verließ er das Gefängnis im Februar v. J. führte dann Notstandsarbeiten aus, erhielt hienher Arbeitslosenunterstützung, verliebte sich in ein Mädchen und trug sich mit Heiratsabsichten. Anfang Februar d. J. war er aber wieder ohne Geld. Mit der Unterstützung haperte es. Seiner Wirtin schuldete er die Miete. Am 16. Februar, nach zwei Hungertagen, sah er sich um 1 Uhr nachts vor dem Bahnhof Alexanderplatz, dachte daran, sich zu erlösen, und überlegte wieder, ob er nicht durch einen Schaufensterbruch seine Lage verbessern könne. Ohne Ueberlegung löste er eine Fahrkarte und fuhr nach Spandau, wor in Begriff zurückzufahren, als er einen Herrn sah, der, wie es ihm schien, sein Geld nachjagte. Der Zug nach Rauens lief ein, B. verlor im Gedränge den Herrn aus den Augen, stieg ein und fand nach langem Suchen auf den Zwischenstationen sein Opfer in einem Abteil sitzen. Er setzte sich ihm gegenüber, fragte ihn, ob es noch weit bis Rauens sei. Einige Minuten später fiel der Schuß.

B. hatte sich bei dem Sprung aus dem Zug Verletzungen zugezogen und seine Hauschlüssel verloren. Der letzte Umstand und die Befragung des Raubüberfalls durch den Rundfunk führte zu seiner Verhaftung. Vor Gericht erklärte er, die Pistole nur zur Bedrohung vorgehalten zu haben. Der Schuß sei verkehrtlich losgegangen. Die Aussagen des Adventistenpredigers schienen dies zu bestätigen. Der Sachverständige Dr. Ebert schätzte B. gleichfalls als auferstischrechten Menschen; durch das Auffpringen des B. habe der Schuß tatsächlich rein automatisch abgegeben worden sein können. Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. S. Feblowitz, glaubte dem Angeklagten, daß er sich zur fraglichen Zeit tatsächlich in einer gewissen seelischen Bedrängnis befunden habe und brachte zum Ausdruck, daß es ihm doch noch die Hand reichen wolle, damit er zu einem geordneten Leben zurückfinden kann.

Er hat kein Glück im Leben gehabt. Aber in seiner unglücklichsten Stunde hatte er doch noch so viel Glück, daß er vor dem Schlimmsten bemerkt blieb.

Lampel unter Mordanklage.

Nach dem Scheitern des Amnestieantrages hat nunmehr das Preussische Justizministerium den Oberstaatsanwalt in Reife beauftragt, gegen Peter Martin Lampel und seine ehemaligen Freikorpskameraden Schwenninger und v. Bollwig Anklage wegen der Erschickung eines der Spionage für Polen verdächtigen Angehörigen des Freikorps Oberland zu erheben, und zwar soll die Anklage auf Mord lauten. Die Verhandlung dürfte das Schwurgericht Reife kaum vor Oktober d. J. beschäftigen.

SINCLAIR LEWIS

DER ERWERB

ROMAN

Doch der Fluß, die dunklen Bäume und der schmeichelnde Wind über ihr schienen zu flüstern; die ganze Nacht war erfüllt von leisem, bedrückenden Flüstern. Una erschauerte, als sie sich das Unvorstellbare vorstellte — die steifen, staubigen Bürokleider abzumwerfen und an Walters Seite zu schwimmen, schweigend in dem herauschenden Gefühl, sich in vollkommener Freiheit dem kühlen Wasser hinzugeben, das ihre nackten Glieder umspülen würde.

Während sie mit sich kämpfte, stand Walter neben ihr, den Arm fest um ihre Schulter gelegt, und ließ das inhaltsvolle Schweigen für sich sprechen; wieder drängte er: „Warum sollten wir nicht schwimmen gehen?“ Und dann mit all der grausamen Bitterkeit des Liebhabers, der nach Schönheit hungert: „Wir werden unsere Jugend vorbeigehen lassen, ohne je gewagt zu haben, auch einmal toll und wild zu sein. Die Zeit wird uns unterkriegen — wir werden alt werden — es wird zu spät sein, um sich an tollen Dingen zu freuen.“ Und seine dichterische Sehnsucht starb zu einer Kleinjungenaussatz hin: „Und außerdem, es wird nichts geschehen... Komm, komm. Denk' nur, wie schön, da hineinzutauchen!“

„Nein, nein, nein!“ rief sie und lief von der Sandbank zum Pfad zurück... Sie fürchtete sich nicht vor ihm, denn sie fürchtete sich noch weit mehr vor sich selbst.

Er folgte ihr mürrisch, während der Pfad sie immer weiter und weiter von der Stelle fortführte. Auf einer kleinen Anhöhe machte sie halt und es gelang ihr, ruhig zu bemerken: „Glaubst du nicht, daß wir jetzt lieber zurückgehen sollten?“

„Vielleicht sollten wir. Aber seh' dich hier nieder.“ Er zog seine Arme empor, stützte die Ellbogen darauf und sagte zerstreut, als redete er mehr zu sich selbst als zu ihr: „Daß ich auf dem Weg hierher so mürrisch war, tut mir leid. Aber ich kann mich nicht dafür entschuldigen, daß ich mit dir schwimmen wollte. Die Situation, dieser Büroge-

der Welt, verlangt von uns, daß wir den ganzen Tag über wie Teufel arbeiten und am Abend einsam und anständig sind, ja, nicht einmal heiraten dürfen wir, bevor wir dreißig sind, weil wir das Geld nicht aufbringen! Das ist ganz gut für jene, die schon polierte Schreibstifte werden wollen, aber nicht für mich! Ich werde hungern und dürsten und meine Gelüste stillen — selbst wenn ich dabei ein egoistischer Teufel werden sollte. Aber du bist natürlich eine Puritanerin und wirst immer eine sein, was immer du auch tust. Du bist ein guter Kerl — ich würde dir blindlings vertrauen — du bist unbedingt ehrlich und willst es zu etwas bringen. Aber ich — meine Wanderjahre sind noch nicht vorüber. Vielleicht werden wir eines Tages noch... Ich bewundere dich, aber... wenn ich nicht ein wenig verrückt wäre, würde ich buchstäblich verrückt werden... verrückt — ja, verrückt!“

Plötzlich öffnete er den ersten Knopf ihrer Bluse und küßte sie auf Hals und Nacken, während sie ihm wie im Taumel zusah. Dann — unvermittelt — knöpfte er die Bluse wieder zu, sprang auf, starrte über den Fluß hin in die geisterhafte Finsternis und seine Stimme klang eintönig und leidenschaftslos, als spräche eine dritte Person:

„Ich glaub', es gibt in New York jährlich eine Million Fälle von verrückten jungen Kerlen, die sich in der tollsten Weise in anständige Mädchen verlieben und sich doch wieder zurückziehen, weil sie noch einen Rest von Anständigkeit in sich haben. Ich schäme mich, weil ich einer von ihnen bin — auch ich beuge mich vor den Konventionen. Ich weiß nicht, was ich vom Leben will, und wenn ich es wüßte, so wüßte ich wieder nicht, wie es erreichen. Ich bin ein Bauernsohn aus dem Westen und holte mich meistens für einen Studierten aus Oxford, der einen Teil seiner Erfahrungen in Paris gesammelt hat. Du bist eigentlich glücklich. Dein Streben hat ein bestimmtes Ziel: entweder zu heiraten und Kinder zu haben, oder ein Geschäft zu führen. Was immer ich täte, würde ich dich verderben — zumindest so lange, bis ich mich selbst gefunden hätte... Mein Gott! Ich hoffe bestimmt, mich eines Tages noch selbst zu finden!“

„Armer Junge!“ unterbrach sie ihn plötzlich; „es ist schon gut. Komm, wir wollen jetzt nach Hause gehen und vernünftig zu sein.“

„Wunderbar! Jetzt spricht die Amerikanerin, wie sie im Buche steht. Du verstehst nicht, daß ich es in meinem ganzen Leben noch nie so verzweifelt ernst gemeint habe. Schön, gehen wir zu den Tatsachen über. Punkt A: Ich kann dich nicht

heiraten, weil keines von uns Geld hat — abgesehen davon, daß ich mich selbst noch nicht gefunden habe. Punkt B: Wir können nicht miteinander spielen, weil du eben eine Puritanerin bist und ich ein typischer intellektueller Streber. Punkt C: Mir ist tatsächlich eine anständige Stelle im Reklamebüro einer Automobilgesellschaft in Omaha angeboten worden, und ich glaube jetzt, ich werde sie annehmen.“

Und das war eigentlich alles, was er wirklich zu sagen hatte, eben dieser eine letzte Satz; obwohl sie nach mehr als eine Stunde lang über sich und ihre noch ungewisse Zukunft weiterredeten und Walter sich zwar bemühte, aufrichtig zu sein, ihr aber, wenn möglich, doch eine bessere Meinung von sich zu hinterlassen; und Una sich bemühte, Walter bei sich zu behalten. Es fiel ihr schwer zu begreifen, daß er all das, was er sagte wirklich und ernsthaft meinte.

Aber sie war freimütig, gleich ihm.

In jeder schwierigen Lebensgeschichte gibt es Augenblicke, da die Liebenden darin schwelgen, alle die Probleme, Wünsche und Klagen hervorzuzerren, die sie bis dahin sorgfältig verborgen haben. In solchen Augenblicken gegenseitiger Geständnisse — wofür die Liebenden anständig und zartfühlend sind — ist nichts von der verwundeten Feindseligkeit eines ordinären Streites. Doch der freundschaftliche Charakter einer solchen Abrechnung verbürgt noch nicht, daß sie zu einem Ziele führt; vielmehr endet sie oft, wie sie begonnen hat, mit der Klage: „Was können wir tun?“

Sie hatten sich vollkommen müde geredet, und als er endlich leuchtete: „Ich gehe mit dir gar nicht, auf die Uhr zu sehen. Komm, wir müssen gehen.“

Schüchtern schlangen sie die ineinandergelegten Hände beim Gehen hin und her, während sie stolpernd auf dem Pfade, den sie gekommen, heimwanderten. Sie konnte es nicht glauben, daß er wirklich nach dem Westen gehen würde, den sie gar nicht kannte. Aber sie hatte das Gefühl, als taumelte sie in eine immer bländere Finsternis.

Als sie nach Hause kam, fand sie ihre Mutter noch wach und sehr ungehalten über ihr Ausbleiben bis nach Mitternacht, und sehr bereit über die Tatsache, daß „dieser nette, ordentliche junge Mann“, Herr S. J. Todd aus Chatam und aus der Handelsschule heute abend hier zu Besuch gewesen war. Una gab fast keine Antwort. In ihrer stillen, heimlichen Qual hörte sie das verdrießliche Gejammer der Mutter lautm.

(Fortsetzung folgt.)

Die Antenne als Blitzfänger.

Gewitter mit Blitzschlägen sind in dieser Jahreszeit nicht ungewöhnlich, nur denkt man viel zu wenig daran, daß eine Außenantenne, wenn sie ordnungsgemäß verlegt ist, beinahe von gleicher Wirksamkeit ist wie ein Blitzableiter, d. h. sie nimmt einen Schlag des betreffenden Hauses vor; eine Antenne aber, die in ihren Sicherungseinrichtungen nur kleine Mängel aufweist, stellt eine große Gefahr dar. Vielleicht ist die Erdleitung irgendwo defekt, was von sehr unangenehmen Folgen sein kann, wenn der Blitz in die Antenne schlägt und den Weg zur Erde blockiert findet, vielleicht ist aber auch die Antenne in der Aufhängung nicht mehr genügend stabil. Viel zu selten wird darauf hingewiesen, daß die Aufhängemasten von Außenantennen mit einem Blitzableiter versehen sein müssen, damit diese dem Blitz einen möglichst bequemen Weg zur Erde bieten und er gar nicht erst die Antenne passiert. Der Erdungsschalter muß saubere Kontakte besitzen. Die Kontakte werden mit Schmirgelpapier oder mit einer Feile gereinigt, die Federn mit einer Flachzange nachgebogen. Der Blitzschutz darf an den Klammern keine Oxidation aufweisen und keine Blitzschutzvorrichtung, sei es nun ein Zadenableiter oder eine Funkenstrecke als Großschutz, ein Kohleableiter oder eine Stimmröhre als Feinschutz, muß natürlich in Ordnung sein. Da man eine elektrische Prüfung nicht vornehmen kann, muß man genau nachsehen, ob keine mechanische Beschädigung eingetreten ist und vor allem die Kontakte noch in Ordnung sind. Wichtig ist ferner, daß die Elektroden der Blitzsicherungen gegeneinander einen möglichst großen Ohmschen Widerstand besitzen, da sonst ungewollte Empfangsverluste eintreten würden. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß man den Erdungsschalter durch einen einwandfreien Blitzschutz, der Grob- und Feinschutz in sich vereint und am besten in Form einer Blitzschutzpatrone ausgeführt ist, d. h. in Form eines Isolierkörpers, der die Sicherung umschließt und gleichzeitig als Abspannsolator für die Antennen-Niederführung gebraucht werden kann. Man braucht dann nicht zu fürchten, daß man einmal vergessen könnte, die Antenne zu erden; sie ist durch die Sicherungsvorrichtung stets ausreichend geschützt.

Der schlaue und der dumme Dieb.

Was einem alles auf der Rennbahn passieren kann.

Bei dem Rennen in Mariendorf am 6. April hatte ein Direktor K. 100 M. auf ein Pferd gesetzt, das mit 50 für 10 herauskam. Er freute sich sehr und ging zur Sicherheit an die Totalisatorkasse, um sich zu vergewissern, ob das auch stimmt. Es wurde ihm bedeutet, daß er auf sein Ticket 500 M. ausgezahlt bekomme. Darauf erklärte K., das Geld werde erst am nächsten Tage abgeholt werden, da er das Ticket seiner Frau als Geburtstagsüberraschung schenken werde. Herr K. wollte nun aber weiter wetten, da er glaube, daß er im Glück liege. Als er nach seiner Brieftasche sah, war diese mit einer beträchtlichen Geldsumme und auch mit dem Gewinnschild verschwunden. Einer der vielen Taschendiebe, die auf den Rennbahnen herumzirkeln pflegen, hatte ihn um die Brieftasche erleichtert. Er eilte nun sofort zur Kasse zurück, um das Ticket zu sperren. Bald darauf erschien der Kaufmann Scholz an der Kasse, legte ein Ticket vor und fragte, ob das ein altes oder neues sei. Der Kassierer wollte wissen, woher er das Ticket habe, und er erwiderte, er habe es selbst gekauft. Man wurde Scholz festgenommen und zur Wache gebracht. Er ist ein Mann von 50 Jahren und einmal wegen Hausfriedensbruchs verurteilt. Begreiflicherweise wurde er als des Taschendiebstahls verdächtig angeklagt und hatte sich vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte gestern zu verantworten. Bei seiner Durchsicherung hatte man nur einen kleinen Betrag gefunden. Er bestritt auch, die Brieftasche gestohlen zu haben, und erklärte, daß er das Ticket auf dem Rasen gefunden hätte. Offenbar hat der schlaue Taschendieb das Ticket weggeworfen, weil er befürchten mußte, daß er bei der Verzeigung angehalten werden würde. Der „glückliche“ Finder war weniger geistig in solchen Dingen und mit seinem Hund sofort zur Kasse gelaufen.

Der Bestohlene wurde als Zeuge aus der Strafhaft vorgeführt, weil er inzwischen wegen Betruges verurteilt worden ist. Mit dem Angeklagten muß es auch eine ganz besondere Bewandnis haben, denn er sprach in dunklen Worten davon, daß ihm von den Ringvereinen, mit denen er schon viel Pech gehabt habe, eine Falle gelegt worden sei. Das Gericht konnte dem Angeklagten nicht nachweisen, daß er die Brieftasche gestohlen hatte, und verurteilte ihn lediglich wegen Unterschlagung des Tickets zu zwei Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Deutschland der neuen Generation.

In einer von mehreren hundert Studenten besuchten Versammlung der Vereinigung sozialdemokratischer Studierender sprach im großen Hörsaal der Deutschen Hochschule für Politik der Verfassungsrechtler Ministerialdirektor Dr. Brecht über das Deutschland der neuen Generation. Für unsere Zeit stellt der Weltkrieg den Markstein im Generationenwechsel dar. Die junge Generation hat die Vorkriegszeit nicht mehr erlebt, sie hat keine Vergleichsmöglichkeiten — empfindet diese bei den Ältern auch eher als einen Nachteil — und steht den Einrichtungen der vergangenen Zeit mit lächelnder Ablehnung gegenüber. Gegen jede Autorität, erfüllt von einem starken Tätigkeitsgefühl und einer scharfen Betonung des Begriffs Selbstverantwortung, leidet die junge Generation stark unter der Nichtbenutzung ihrer verborgenen Kräfte. Hier liegen auch die Konflikte mit der älteren Generation, und es hat wohl auch in keiner Zeit eine Generation in dieser Frage größere Schwierigkeiten gehabt. Da man von Brecht als einem der besten Sachkenner ein Eingehen auf das Gebiet der Reichsreform erwartet hatte, behandelte er diese Frage unter dem Gesichtspunkt der Problematik der älteren Generation, die von der Geschichte einmal danach beurteilt werden wird, ob sie diese deutsche Frage löst oder nicht. Von den Reformen müsse man heute verwirklichen, was möglich ist, und nichts verlangen, was unmöglich ist. Seinen Vortrag schloß er mit einer Mahnung, indem er an eine Friedensrede Macdonalds anknüpfte, daß die Jugend ihre große Aufgabe in einer dauernden Sicherung des Friedens sehen müsse.

Freche Nazi-Verlogenheit.

Die Reichsbannerleute sollen an allem schuld sein.

Die Taktik der Angeklagten im Röntgental-Prozess ist bereits festgelegt. Die bösen Reichsbannerleute haben nicht allein am 5. März die Schieberei verurteilt, sondern ihre „ständigen Uebervälle auf die Nationalsozialisten“ waren der Grund dafür, daß diese sich in einer gereizten Abwehrstimmung befanden hätten. Mit einem Worte, die Reichsbannerleute tragen an allem die Schuld.

Da war zum Beispiel gestern unter den letzten vier noch nicht vernommenen Angeklagten der 18 Jahre alte Lehrling Kuleinstl. Als er 16 Jahre zählte, gehörte er der K.P.D. an; 17jährig kam er zum Stahlhelm und seit 1929 ist er Nationalsozialist und S.A.-Mann. Ein herrlicher Dünkel, der alle Jahre die Organisation wechselt. Er war es, der am 5. März in das Lokal Edelweiß begleitet werden sollte, da die Reichsbannerleute und die Kommunisten ihn angetlich verschiedentlich angereizt hatten. Während der Schieberei stand er, der selbst einem Schießsportverein angehörte, schloßend vor Angel, abseits hinter einem großen Steinhäufen. Von den Vorfällen vor dem Reisselchen Lokal hatte er natürlich nichts gesehen. Eine halbe Stunde später aber gab er schon an die „Presse“, nämlich an den „Nationalsozialisten“, einen in Einzelheiten gehenden telephonischen Bericht durch. Als sein Kamerad Wildis ihn fragte, was denn eigentlich losgewesen sei, sagte er ihm: „Das wirst du morgen in den Zeitungen lesen“.

Der Angeklagte Unruh, seit 1928 Nationalsozialist, später Mitglied des S.A., ist Telegraphenbauarbeiter und Beamtenanwärter. Nach seiner Haftentlassung ist er wieder eingestellt worden.

Uebrigens ist er

unter den Angeklagten bereits der Zweite, der beim Telegraphenbau angestellt und Beamtenanwärter ist.

Unruh befand sich im Trupp Köppner. Als dieser vor dem Reisselchen Lokal rief: „S.A. zurück, wir sind zu wenig“, flüchtete er sofort. Auch die Berliner sah er flüchten. Die Schieberei dauerte

aber noch an. Also auch Unruh hat eigentlich nichts anderes getan, als Bersegeid gezahlt. Ebenso der 25jährige Angeklagte Mergelsberg. Seit 1925 betätigt er sich politisch und hat sich 1928 vom Stahlhelmann zum Nationalsozialisten entwickelt. Er war es, der nach Berlin um Hilfe telephonierte und dem Angeklagten Frank vor Aufbruch in den Kampf seine Papiere zur Aufbewahrung übergab. Er befand sich im Trupp Pantrath und belästigt schwer seinen Sturmführer. Dieser behauptet ja, sich dem „Schlachtfeld“ überhaupt nicht genähert zu haben. Mergelsberg gibt dagegen zu, den Häufen vor dem Reisselchen Lokal gesehen zu haben; Pantrath habe sich aber — so hatte M. in der Voruntersuchung ausgesagt — einige Schritte vor ihm befunden.

Schließlich der letzte Angeklagte, der 23jährige Gärtner Bahl. Vor 5 Jahren lief er den Kommunisten nach, später den Bolschewiken, um schließlich Mitglied der NSAP und des S.A. zu werden. Er ströht den Sturmführer Pantrath noch in höherem Maße Lügen als Mergelsberg. Als er nämlich

um nicht von den Augen seiner Kameraden getroffen zu werden, sich auf den Bauch geworfen hatte,

flüchtete einer an ihm vorbei; er nimmt an, daß es Pantrath gewesen ist. Vom Angeklagten Bahl erfuhr man übrigens, daß die Mitgliedschaft des Sturms 29 am 6. März eine Zusammenkunft gehabt hatten. Was da gesprochen wurde, kann man sich denken. Auch Mergelsberg will „von Reichsbannerleuten öfter überfallen“ worden sein. Der Polizei hat er ebensowenig wie seine Kameraden davon Mitteilung gemacht, weil sie alle „zu der Polizei kein Vertrauen“ hatten.

R.A. Dr. Necker fühlte sich nach vor Schluß der Sitzung bemüht, sich über die gestrige Rundgebung des Reichsbanners in Röntgental aufzuregen; es seien auch, so berichtete er dem Gericht, am Hause des Angeklagten Frank irgendwelche Zettel geklebt worden. Unerhört! ...

Die Diktatur des Bürgerblocks

hat wieder vielen Bürgern die Augen über seine wahren Bestrebungen geöffnet. — Die beste Bekämpfung derselben ist der

Anschluß an die Sozialdemokratische Partei

Der Eintritt in die Partei wird am bequemsten und schnellsten bewerkstelligt im Büro des

Bezirksverbandes Berlin der SPD.
Berlin SW. 68, Lindonstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen

Hochzeitsgesellschaft vergiftet.

Brautpaar und sieben Personen gefährlich erkrankt.

Hamburg, 21. Juli.

In Buztehude sind am Sonntag fünfzehn Teilnehmer einer Hochzeitsfeier nach dem Genuss von Speisen unter bedenklichen Erscheinungen erkrankt. Die Krankheit äußert sich in Uebelkeit, hohem Fieber und Besinnungslosigkeit. Neun Personen, darunter das Brautpaar, liegen in bedenklichem Zustande danieder. Der Zustand eines 80jährigen Hamburgers namens Braunholz gilt als hoffnungslos.

Im Hause des Landwirts Mariens wurde die Hochzeit des Sohnes mit einer Gastwirtstochter aus Hohentonn in einem größeren Kreise gefeiert. Nach dem Essen tranken einige Gäste über Uebelkeit. Da sich der Zustand der Erkrankten schnell verschlimmerte, bemühtigte sich der Gesellschaft eine große Erregung und man schickte sofort nach dem Arzt. Fünfzehn Personen mußten sofort das Bett aufsuchen. Der sie behandelnde Arzt veranlaßte die Sicherstellung der Speiserezepte, die der Bakteriologischen Abteilung des Städt. Krankenhauses zugeführt wurden. Die Ursache der Vergiftungen ist, wie der Arzt mitteilte, nicht in Trichinose zu erblicken, da keinerlei Schweinefleisch bei der Speisepreparation zur Verwendung gekommen ist.

Furchtbares Flugunglück in England.

Absturz nach Flügelbruch. — Sechs Tote.

London, 21. Juli.

Bei Meopham (Grafschaft Kent) ist ein Flugzeug mit sechs Personen an Bord abgestürzt. Sämtliche Fluginsassen, darunter zwei Frauen, waren sofort tot. Das Flugzeug, das zwischen Croydon und Beck an der französischen Kanalküste verkehrt, wurde vom Piloten Colonel Henderson gesteuert.

Ueber den Flugzeugabsturz werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Nach den Aussagen eines Augenzeugen hat sich im Flugzeug eine Maschinenexplosion ereignet. Das Flugzeug stürzte mit furchtbarer Gewalt ab. Die Maschine wurde in einem Garten in Meopham, einem kleinen Dorfe bei Gravesend, gefunden, während einer der Flügel drei Kilometer entfernt niederging. Die Bergung der sechs Leichen wurde bis zur Ankunft von Vertretern des Luftfahrtministeriums zurückgestellt. Man glaubt, daß sich unter den Getöteten zwei Männer und vier Frauen befinden. Sämtliche Leichen sind jedoch furchtbar verstümmelt. Ueber den Grund des Absturzes fehlen noch alle genauen Anhaltspunkte. Ein Landwirt aus Meopham, der den Absturz beobachtete, gab folgende Beschreibung: Ich befand mich außerhalb meines Hauses, als ich plötzlich großen Lärm vernahm. Ich blickte in die Höhe und sah ein

großes Flugzeug in freisender Bewegung zur Erde stürzen. Bei dem mit furchtbarer Gewalt erfolgten Absturz bemerkte ich, daß ein Flügel fehlte. Ein oder zwei Sekunden später berührte das Flugzeug den Boden. Ich stürzte sofort nach der Unglücksstelle und konnte nur einen Mann unter den Trümmern entdecken. Er befand sich noch am Leben, war aber furchtlich zugerichtet. Mehrere hundert Meter entfernt lagen die fünf Toten in einem Garten.

Europaflug geht weiter.

Kanaiflug beendet. — Paris erreicht.

Infolge des außerordentlich schlechten Wetters wurden in Calais Erwägungen angestellt, den Weiterflug der Teilnehmer am Europarundflug zu verschieben, da über dem Kanal ein Sturm wüthete, wie man ihn um diese Jahreszeit noch nicht erlebt hat. Gegen 12 Uhr wurde das Wetter jedoch etwas ruhiger, so daß 13 Flieger ihre Flugzeuge bestiegen, um den Flug nach Bristol anzutreten.

Auf dem Flugplatz von Heston bei London trafen als erste vier englische Apparate ein. Die Führung hatte der Engländer Butler. Auch der zweite bis vierte waren englische Flieger. Als fünfter landete ein Franzose. Die ersten deutschen Maschinen, die in Heston eintrafen, waren von Morzik und Polle gesteuert. Nach kurzem Aufenthalt und Brennstoffergänzung wurde der Rückflug nach Calais angetreten. Der deutsche Pilot Krüger hat einen leichten Unfall erlitten. Die Landung seines Apparates ging nicht ganz glatt vonstatten und das Flugzeug wurde beschädigt. Der Pilot kam jedoch ohne Verletzungen davon.

Auf dem französischen Flughafen Orly bei Paris traf als erster K 1 um 18.31 Uhr ein, gefolgt von K 5 um 18.55 Uhr. Von St. Inglobert aus sind weitere vier Maschinen nach Orly gestartet, davon drei Franzosen und die Engländerin Spooner.

Paddelunglück auf dem Schwielowsee.

Ein Geschwisterpaar ertrunken.

Frankfurt a. d. O., 21. Juli.

Ein Bootsunglück, dem zwei blühende Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich auf dem Schwielowsee. Eine Halbbootgesellschaft aus Sandow bei Rottbus befand sich trotz des heftigen Windes auf dem See. Der starke Wind brachte das Boot der Geschwister Groch, die ein Segel gesetzt hatten, zum Kentern, und die Geschwister — Bruder und Schwester — stürzten ins Wasser. Sie versanken vor den Augen der in den anderen Booten sitzenden Bekannten. Obgleich sofort Rettungsmassnahmen ergriffen wurden, war es nicht möglich, die Geschwister zu retten. Die Leichen sind bis jetzt noch nicht geborgen worden.

Der Schwielowsee darf nicht verwechselt werden mit dem südlich von Potsdam gelegenen Schwielowsee; er liegt zwischen den Städtchen Beeskow und Lieberose an der Grenze der Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt und ist einer der größten Seen der Mark, von Berlin allerdings sehr un bequem zu erreichen.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich Montag nachmittag in der Seegfelder Straße in Spandau. Die dreijährige Ruth Schneider aus der Seegfelder Straße 10 lief beim Spielen in einen Lastzug hinein. Die Räder des Anhängers gingen dabei so unglücklich über das Kind hinweg, daß der Tod auf der Stelle eintret.

Todessturz aus dem dritten Stockwerk. Gestern abend stürzte der 25jährige Maurer Otto Scheller aus dem Fenster seiner dritten Stockwerk im Hause Westerstraße 16 in Reutlingen gelegenen Wohnung auf die Straße hinab und mußte mit schweren Verletzungen ins Urbanfrankenhaus gebracht werden, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung starb.

Weißer Zähne: Chlorodont

Rationalisierung für wen?

Kritik am Reichsturatorium für Wirtschaftlichkeit.

Das Reichsturatorium für Wirtschaftlichkeit gegenüber den aus der bisherigen Rationalisierung in Deutschland erwachsenden Problemen verlagert hat, dürfte heute Ueberzeugung wecker Kreise sein. Deshalb ist ein Aufsatz von besonderem Interesse, den der Volkswirtschaftler des VfL-Bundes, Dr. Suhr, in der „Arbeit“ (Monatsschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) über das Reichsturatorium für Wirtschaftlichkeit (RWB) veröffentlicht. Was man dem RWB. vorwirft, ist, daß es

als Richtungsweiser verlagert hat.

Das hat die Kritik, die u. a. der letzte Jahresbericht des RWB. hervorrief, deutlich bewiesen.

Das RWB. kann sich nicht beklagen, daß ihm nicht die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestanden haben, und wenn der Haushaltsausschuß des Reichstags vom RWB. eine „eingehendere Rechnungsprüfung“ fordert, handelt es sich nicht um eine Feststellung, wie die großen, dem RWB. zur Verfügung gestellten Mittel verwendet sind, sondern wofür sie verwendet wurden. Suhr nennt in seinem Artikel

Arbeiten, die sich mit den Aufgaben des RWB. gar nicht oder nur sehr schlecht vereinbaren lassen.

So hat die Gruppe „Hauswirtschaft“ rund 76 000 Mark verausgabt (abgesehen davon, daß der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins 10 000 Mark gegeben wurden). Die Ergebnisse der Gruppe erscheinen bei diesem Aufwand an Mitteln sehr mager. Unter den Förderungsstellen der Rationalisierungsbewegung, denen durch das RWB. öffentliche Mittel zugewiesen wurden, erscheint im Handbuch auch die „Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels“, also eine ausgesprochene sozial- und wirtschaftspolitische Interessenvertretung, die in der von ihr eingerichteten Verkaufsbewertung und Unterrichtskursen vom RWB. unterstützt wird. „Für Lehrmaterial für die Erwerbstätigen im Handel“ sind allein im letzten Jahr vom RWB. 10 000 Mark verausgabt. Nun ist gegen die Verkaufsberatung an sich durchaus nichts einzuwenden, auch die freien Angestellten schulen ihre Mitglieder für diese Aufgaben. Aber was würde das RWB. darauf antworten, wenn der Zentralverband der Angestellten zur Finanzierung seiner Broschüre „Der erfolgreiche Verkäufer“ vom RWB. eine Unterstützung gefordert hätte? Und weshalb hat z. B. das Deutsche Handwerksinstitut, das 1929 bereits aus dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums einen Zuschuß von 100 000 Mark erhalten hat, noch einmal eine besondere Zuwendung vom RWB. bekommen?

Andere Aufgaben der Rationalisierung sind dagegen völlig vernachlässigt worden. Dahin gehören die in der Öffentlichkeit viel erörterten Probleme über den „Mensch-Faktor“. Die Stellung des RWB. zu diesem Fragenkomplex hat wohl der Vorliegende der „Gesellschaft für Soziale Reform“, von Kostig, am besten gekennzeichnet, indem er erklärte: „Obgleich das RWB. in der Hauptsache von Reichsmitteln lebt, ist es meines Wissens noch immer nicht zu erreichen gewesen, daß die sozialpolitische Seite gleichmäßig überhaupt oder in einer besonderen Abteilung ausreichend bearbeitet wird.“ Inzwischen hat allerdings in letzter Zeit das RWB. angefangen, den „menschlichen Faktor“ in der Rationalisierung zu berücksichtigen. Der Mensch, lebendiges Wesen, wird,

wie Suhr satirisch bemerkt, „vom RWB. als Zahl, als Faktor in Rechnung gelegt.“

Man sucht vergeblich irgendwelche Ausführungen über die Ergebnisse arbeitswissenschaftlicher Untersuchungen.

Alles, was das Handbuch an Ergebnissen „einer fruchtbaren Gemeinschaftsarbeit“ zur Frage „der Mensch und die Rationalisierung“ bringt, beschränkt sich auf einen prospektartigen Bericht der Arbeiten des Deutschen Ausschusses für technisches Schweißen (Datsch) und einige Mitteilungen über die Fortbildung des Betriebsingenieurs durch Kurse der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure.“

Die Notwendigkeit einer Reorganisation des RWB. liegt auf der Hand. Der Suhrsche Aufsatz stellt dazu folgende Forderungen auf: „Die Gewerkschaften fordern als Sachwalter der Arbeitskraft einen größeren Einfluß auf das Arbeitsprogramm des RWB. und eine unmittelbare Beteiligung bei der Durchführung einzelner Aufgaben. Die Geschäftsordnung des RWB. fordert zwar die „hinreichende Beteiligung aller wirtschaftlich interessierten Kreise“ bei der Durchführung der Arbeiten, versteht darunter aber offenbar nur die „Erzeuger, Verbraucher, Handel, Wissenschaft, Behörden“ — ohne die Arbeiter und Angestellten, die bisher so gut wie ausgeschlossen waren. Vor allem besteht offenkundig bei der Geschäftsführung des RWB. die Neigung, die Fragen der Arbeitswissenschaft und Psychotechnik unter der Hand in der Geschäftsstelle selbst zu erledigen.“

Besonderen Nachdruck legt Suhr auf die Forderung einer organischen Zusammensetzung der aus öffentlichen Mitteln finanzierten Rationalisierungsstellen.

um die Vergabung der Reichszuschüsse nach einheitlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Weiter wird gefordert, daß das RWB. an „dritte, gänzlich unabhängige und in ihrer Geschäftsgebarung selbständige Körperschaften nur von Fall zu Fall Mittel gebe, wenn die Aufgaben nicht im Interesse der Rentabilität der einzelnen Unternehmungen liegen, sondern, eben da das Geschäftsinteresse fehlt, von dritter Seite nicht finanziert werden.“

Der Artikel in der „Arbeit“ schließt: „Das RWB. hat sich durch seine überhöhere „Gemeinschaftsarbeit“ als eine politische (keine parteipolitische, aber doch wirtschaftspolitische) Institution erwiesen — deshalb fordern die Gewerkschaften eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am RWB., aber zugleich auch eine klare Begrenzung seiner Aufgaben. Ursprünglich sollte sich das RWB. darauf beschränken, die Rationalisierungsbewegung zu beobachten, einzelne bestimmte Untersuchungen zu fördern und gegebenenfalls ihre Ergebnisse zu propagieren — jetzt lesen wir in der Einleitung des Geschäftsberichts 1929 (offenbar dem Glaubensbekenntnis des neuen Geschäftsführers Schäfer, dessen bisherige Verdienste um die Rationalisierungsbewegung der Öffentlichkeit unbekannt blieben), daß das RWB. „Träger und Förderer eines Wirtschaftsideals“ ist und insofern „heute erst am Anfang seiner Sendung steht.“ Wir kennen dieses Ideal nicht, wissen auch nicht, was es heißt: „ganz im allgemeinen gesprochen, soll sich vor allem auch in der höheren Einheit der Volkswirtschaft die Idee der Wirtschaft verwirklichen“, sind aber sicher, daß das RWB. auf Abwege gerät, wenn es „nach der volkswirtschaftlichen Seite systematische Verbesserungsarbeiten in den Beziehungen — — — der berufständischen Schichten der Bevölkerung (?) leisten will.“

wird gegen die sehr überschätzte nur 100 Millionen betragende Uebererzeugung von Roggen, über das Verhältnis von Kornpreis, Brotpreis und über die Größe der Bäckerspanne, die seit 1924 ständig gemachsen und ganz verschieden groß in Deutschland ist, über sehr ernste betriebswirtschaftliche Feinddispositionen im deutschen Malzereiwesen und andere sehr wichtige Fragen der aktuellen Agrarpolitik. Mit Referaten, Marktberichten, Graphiken und Bildern wird so reichlich und überlegt gearbeitet, daß man den Eindruck hat, in dieser Zeitschrift werden sehr wichtige und sehr gebiegene Grundlagen einer systematischen landwirtschaftlichen Konjunkturforschung geschaffen.

Bemerkenswert, daß auch hier wieder der Staat die Initiative hatte, wie ja die Agrarpolitik überhaupt mitten im Kapitalismus der wichtigste Sektor der Planwirtschaft zu werden scheint, erreulich, daß es in allen politischen Gruppen der Landwirtschaft kaum jemanden gibt, der sich dagegen wehrt. Wir begrüßen die neue Zeitschrift besonders deshalb, weil sie die Voraussetzungen schaffen will, diese Selbsthilfe und Staatslenkung verbindende Planwirtschaft zum Erfolge zu führen.

Gutes Braujahr 1929/30.

Aber seit Steuererhöhung Rückgang der Erzeugung. Gastwirte schlagen zu viel drauf.

Seit anderthalb Jahren schon war in Deutschland die Konjunktur rückgängig. Die neueste Biererzeugungstatistik zeigt aber, daß noch für das ganze am 1. April beendete Jahr 1929/1930 die Brauereien einen höheren Bierausstoß und Bierabfah hatten, als in der entsprechenden Zeit der Vorjahre. Die gesamte Bierproduktion erhöhte sich von 54,99 auf 58,06 Millionen Hektoliter oder um 5,6 Proz. Der Bierverbrauch stieg von 54,55 auf 57,65 Millionen Hektoliter im Jahre 1929/1930 oder um rund 5,7 Proz. Pro Kopf der Bevölkerung hat sich der Verbrauch 1929/1930 auf 90,01 gegen 85,61 Liter erhöht. Bei rückgängiger Konjunktur ist eine solche Steigerung der Verbrauchs- und Abfahrtsziffern außerordentlich günstig zu nennen, und man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn die Geschäftsberichte der Brauereien für die letzte Bierkampagne noch durchweg steigende Dividenden aufwiesen.

Seit April hat sich das Bild verändert. Genauere Ziffern liegen noch nicht vor, aber nach den Berechnungen der Industrie soll im Mai ein Produktionsausfall von wenigstens 25 Proz. eingetreten sein, und auch noch der heiße Juni, in dem außerdem das Pfingstfest lag, soll einen vergleichsweise geringeren Bierausstoß erbracht haben. Zusammen mit der außerordentlichen Verschärfung der Wirtschaftskrise hat sich also die im April vorgenommene

Steuererhöhung auch im Bierabfah ausgewirkt. Ganz zweifellos wäre diese Auswirkung aber sehr viel kleiner gewesen, wenn entgegen dem Willen des Gesetzgebers und auch der um den Bierabfah allmählich ängstlich gewordenen Brauereien die Gastwirte ihre Ausschläge nicht stark nach oben abgerundet, die Pfennigrechnung wieder vernachlässigt und so auch unabhängig von der freilich eingeschränkten Kaufkraft die Bierlandschaft verjagt hätten. Die Größe und endgültige Auswirkung dieses Rückganges wird man erst aus dem Steuerkommen ersehen können. Bis Ende April 1930 war das Biersteuerauskommen noch gestiegen, und zwar für 1929/1930 auf 411,8 gegen 396,9 Millionen Mark im Jahre vorher. Auch für das Reich wäre ein starker Biersteuerausfall ein empfindlicher Verlust.

Die Erzeuger von Obstwein und von Traubenwein, also Bayern und Binger, scheinen in einem gewissen Umfang die laufenden Dritten bei dieser Entwicklung zu sein. Denn in den Obst- und Weingebieten (Württemberg, Baden und Franken) hat sich ein absoluter Rückgang der Biererzeugung in der Zeit vom Oktober bis April 1930 bemerkbar gemacht.

Mansfeld.

In Mansfeld wird leider immer noch nicht gearbeitet. Man hofft, den Betrieb im Laufe dieser Woche aufnehmen zu können, wenn zwischen den verschiedenen Staatsbehörden und der Mansfeld-Berwaltung die Frage der materiellen Hilfe endgültig geregelt sein wird. Die Lohnfrage ist nach dem neuerlichen Absinken des Kupferpreises durch ein sehr schwerwiegendes Opfer der Belegschaften geklärt, die Verwaltung scheint aber eine reine Subvention zu verlangen, während der preussische Staat zunächst noch an einen zinstosen Kredit denkt. Wir haben gefagt, daß die Frage der materiellen Hilfe auf das gründlichste bedacht und geprüft werden muß, sind aber auch der Meinung, daß man, unbeschadet einer späteren Änderung der Bedingungen, den Betrieb erst einmal wieder in Funktion bringen soll. Die Reichsbahn-Gesellschaft hält den neuen Ausnahmetarif für den Steinkohle- und Koksbezug Mansfeldscher Kupferhütten für den Augenblick der Wiederaufnahme des Betriebs schon bereit.

Der deutsche Elektroausverkauf

Thüringer Gas-Holding. — Reflame oder schon Wirklichkeit?

Die Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig hat sich veranlaßt gesehen, sich auf die zahlreichen Meldungen hin zu äußern, daß sie im Mittelpunkt einer Kombination stehe, die deutsche Elektroaktien und deutsche Kraftwerke in amerikanischen Hände bringe. Die von dem Vorstand der Thüringer Gasgesellschaft abgegebene Erklärung bestätigt alles, was wir über diese im Zuge des deutschen Elektroausverkaufs immerhin wichtige Transaktion bisher gemeldet haben. Es sei seit einigen Monaten mit der Utilities Power and Light Corporation in Chicago (Elektro-Holding der Chase National Bank New York) verhandelt worden. Es sei unter Beteiligung der Thüringer Gas in Leipzig die Gründung einer Holding-Gesellschaft beabsichtigt, die den Erwerb neuer Werke oder neue große Projekte der Energieerzeugung nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Staaten des Kontinents (mit Ausnahme von England) finanzieren soll. Das Kapital der Gesellschaft soll 20 Mill. Mark betragen, davon will die Thüringer Gas mindestens 26 Proz. in bar oder in Aktien übernehmen, der Thüringer Gas soll die technische und kaufmännische Beratung der Holding-Gesellschaft übertragen werden. Damit ist alles bestätigt, was wir schon früher gemeldet haben; auch daß sich die Thüringer Gas mit Freunden selbst amerikanisieren lassen will.

Die Thüringer Gasgesellschaft legt allerdings den größten Wert darauf, die neue amerikanisch-deutsche Elektroholding als rein deutsche Gesellschaft erscheinen zu lassen. Daß dieser rein deutsche Charakter schwindet, ist, da über die Hälfte des Aktienkapitals in den Händen Amerikaner sich befinden wird und wenn der Auftrag des Vorstandes der neuen Holding, den die Thüringer Gasgesellschaft selber stellen soll, auf den Erwerb deutscher Kraftwerke und Energieaktien zugunsten der amerikanischen Beherrscher der Gesellschaft lautet, darüber braucht kein Wort verloren zu werden. Man möchte sich in der öffentlichen Meinung einbilden besser einführen, darum dieses Gerücht des Vorstandes der Thüringer Gasgesellschaft über den „rein deutschen Charakter“ der neuen Gesellschaft.

Man wird im übrigen abwarten müssen, was aus dieser Gründung wird. Uns scheint noch nicht gewiß, ob der Anteil der Reflame oder der bereits geschaffenen Tatsachen in den Mitteilungen des Communiqués größer ist. Wir haben jedenfalls in den Vorstand der Thüringer Gasgesellschaft in dieser Hinsicht kein allzu großes Vertrauen, nachdem es über die Beteiligung der D.D.-Bank und der Aeca-Leipzig heißt, daß sie erst „in Aussicht“ genommen sei, während man gleichzeitig die Gründung als schon fast vollzogen darstellt, und wenn großsprecherisch von der neuen Gesellschaft gesagt wird, daß in ihr „eine der größten amerikanischen und eine der größten deutschen Fachgesellschaften“ auf dem Gebiete der Energieversorgung zusammenarbeiten. Die Utilities Power and Light Co. ist absolut keine Fachgesellschaft. Denn sie verwertet ja nur Aktien, und die deutsche Thüringer Gas ist beileibe nicht eine der größten deutschen Energiegesellschaften. Wir bleiben also zunächst skeptisch gegenüber dieser mitteldeutschen Gründung, besonders hinsichtlich der beschwichtigenden Erklärungen des Vorstandes der Thüringer Gasgesellschaft, was aber nichts an der Größe der Gefahren ändert, die in dieser Richtung für die gesamte deutsche Energiewirtschaft vorliegen.

ÖCO trotzt der Krise.

Wachsende Umsätze bei der Großverkaufsgesellschaft.

Im ersten Halbjahr 1930 hat sich trotz der schweren Wirtschaftskrise und der sinkenden Kaufkraft auch der Konsumvereinsmitglieder die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine glänzend weiter entwickelt. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist der Gesamtumsatz der ÖCO. um 10,25 Mill. oder um 4,63 Proz. auf 231,46 Millionen Mark gestiegen. An Erzeugnissen aus dem eigenen Produktionsbetriebe wurden im ersten Halbjahr für 8,32 Mill. Mark mehr umgesetzt, so daß sich der eigene Fabrikumsatz um 15,23 Proz. auf 62,92 Mill. Mark vermehren sollte. Auch die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine konnte ihren Gesamtumsatz (Druckerei und Papierwarenfabrik, Versicherungsabteilung, Elektrizitätswerk) von 9,38 auf 11,30 Mill. Mark oder um rund 20 Proz. erhöhen.

Marktforschung.

Eine neue Zeitschrift. — Wichtige Staatsarbeit für die Gesundung der Landwirtschaft.

Sachen ist das zweite Heft einer Monatschrift erschienen, die für alle Fragen der praktischen Agrarpolitik in der Zukunft erste Beachtung verlangen darf. Es handelt sich um die von Prof. Dr. R. Brandt, dem Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung herausgegebenen „Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung“, die im eigenen Verlag als Manuscript gedruckt werden, im Jahresabonnement 12 M. und als Einzelheft 1,20 M. kosten. Die Zeitschrift ist Berlin N. 4, Invalidenstraße 42. Die Zeitschrift darf als die wichtigste, für die breite Öffentlichkeit bestimmte Auserziehung des vom preussischen Landwirtschaftsminister im Jahre 1929 gegründeten Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung an der Landwirtschaftlichen Hochschule für Berlin angesehen werden, dessen Leiter Prof. Brandt auch den ersten deutschen Lehrstuhl für Marktforschung inne hat.

Nach dem Erscheinen des zweiten Heftes läßt sich schon sagen, daß hier eine außerordentlich wichtige Arbeit geleistet wird, erfreulicherweise wieder unter der Führung der preussischen Staatsregierung. Es ist ein Glück und ein Fortschritt für die deutsche Landwirtschaft, daß sich die Erkenntnisse immer stärker verbreitet, selbst bis in die Reihen des Landbundes, daß man zur Gesundung der Landwirtschaft immer mehr danach fragt: „Was will der Markt?“ und immer weniger „Was will der Junker“. Es ist das Wesen der neueren Agrarpolitik in Deutschland, daß dieser Umschau zur Objektivität sich immer stärker durchzieht. Darum weist Otto Braun, der preussische Ministerpräsident, in dem dem zweiten Heft vorangestellten Geleitworten auch sehr genau auf die Arbeitsrichtung der neuen Schrift hin, wenn er sagt, daß die deutsche Landwirtschaft den Weg zu neuem Wohlstand nur über eine Umstellung ihrer Erzeugung an die Nachfrage der städtischen Bevölkerung nach Lebensmitteln finden kann. Die Kenntnis dieses Marktes will die Zeitschrift dem praktischen Landwirt, den Genossenschaften, dem Handel, der lebensmittelverarbeitenden Industrie, der Verpackungsindustrie und nicht zuletzt dem Einzelhandel und den Verbraucherorganisationen, wie den Konsumvereinen und Beamtenwirtschaftsvereinen vermitteln und ihnen dadurch die Ueberwindung über die Mängel und Störungen des Absatzes und die starken Wandlungen an den Märkten erleichtern.

In dieser Richtung enthalten schon die beiden ersten Hefte sehr wichtige grundlegende Arbeiten, so insbesondere über die Veranschaulichung in der Ernährung von Brotgetreide und Kartoffeln zu den hochwertigeren Stallprodukten, über das überraschend große Mißverhältnis zwischen tatsächlicher Untererzeugung von Viehprodukten in Deutschland, die auf 3,5 Milliarden geschätzt

Mittelmann gibt ein Gastspiel

Der engagementslose Schauspieler Th. Mittelmann schlenderte ziellos durch die Straßen. Es war 12 Uhr nachts.

Um diese Zeit sind die Theater längst aus, dachte er, jetzt sind sie alle, die vielen Kollegen zwecklose Bürger; sitzen in Botschaften, rauchen, spielen oder schlafen schon. Ich laufe wie ein verirrter Hund durch die Stadt. Es regnet ein wenig. Man merkt diesen Regen nicht. Nur wenn man die Gewänder anrührt, spürt man, daß man durchnäßt ist. Man spürt manches jetzt, was man früher nur dem Namen nach kannte. Zum Beispiel Hunger. Hunger ist etwas anderes als Appetit. Wer weiß das?

In der Botanikallee kamen ihm ein Herr und eine Dame entgegen. Er erkannte schon von weitem den Direktor Burg; als das Paar heran war, erkannte er auch die Dame. Wer hätte die Stella nicht erkannt, der sie einmal hatte spielen sehen. Mittelmann grüßte ehrerbietig. Der Direktor dankte lässig und nicht erfreut.

Er erkennt mich nicht. Heute vormittag war ich bei ihm, habe ihm die Ohren voll geredet. Jetzt lernt er mich schon nicht mehr. Wer bin ich denn? Er spie aus. — Das Paar stand vor einem Hause; Schlüssel klickten; eine Tür öffnete und klopfte sich. Sieh an, sagte Mittelmann, sich einer an. Er schaute gegen einen Baum. Er blieb dort stehen. Es war vollkommen zwecklos. Nichts würde sich ereignen. In vier, fünf Stunden vielleicht mußte der Himmel grau werden, dann froh ein neuer Tag über die Dächer.

Warum stehe ich hier? Ich bin so müde. Es ist durchaus gleichgültig, wo ich stehe. Da oben im ersten Stock flammt ein Licht auf. Der Herr Direktor legt Zylinder und Mantel ab. Aus dem Belg erwacht die Stella. Sie ist in großer Abendtoilette. Ihre Arme sind weiß gepudert; sie ist sehr dekoriert. Vielleicht hat sie die Lady Windermere gespielt. — Was geht mich das an?

Der Baum wankte. Th. Mittelmann stieß mit dem Fuß auf. Bietet gar nichts einen Halt, wenn man selber wankt? Er schloß die Augen. Reid? Nein, Leute. Ich glaube an die Dummheit der Menschen und ihren Egoismus. Ich bin vielleicht ein Sozialist? — Wer meint hier? Ich! Es sind Regentropfen, du Dummkopf, der Baum meint vielleicht. Ueber mich? Soll er mich belächeln? — Wir spielen eine Rolle. Da oben im ersten Stock geht die große Szene vor sich. Ich bin Statist. Aber ich dränge mich vor. Alle Augen sehen mich an. Was macht er aus der stummen Rolle? Beifall? Leute! — Aber Gott wird mir die Rolle abnehmen. Wann? Ich improvisiere, ich habe ja nicht gelernt. Gott ist ein gewissenhafter Regisseur. Er erprobt uns an stummen Rollen, ehe er uns herausstellt. Stumme Rollen sind die schwersten. —

Das Licht erlischt. Was geschieht dort? Geht es dich an? Ruhe, Kinder, liebe Herzen, ihr seid überreizt und zänkisch.

Ein Mann schlich heran, er war schwarz gekleidet. Die Konturen seiner Gestalt verschwammen ungenau. Er sah sich um. Er bemerkte nicht den Mittelmann am Baum. Rasch trat er an den Vorgarten, lehnte gegen die Hauswand und wartete. Wartete? Ein Seil fuhr hoch, metallisch klang ein Haken an. Das Seil hing vom Balkon der ersten Etage herab. Der Mann wartete. Nichts rührte sich. Der Regen rauschte stärker; jetzt ward es merklich. Th. Mittelmann fühlte die Nässe auf der Haut. Er schauderte zusammen; es mochte auch die Erregung der Minute sein. Der Mann an der Mauer erklimmte das Seil. Er stand auf dem Balkon. Hände strichen über eine Scheibe, etwas Dunkles preßte sich an das Glas. Es gab einen dünnen Ton. Wie wenn ein Seilglas am Stiel abdrückt, dachte Th. Mittelmann unterm Baum. Der fremde, dunkle Mann dort oben griff in das Fenster; er schob den Riegel zurück. Der Mann verschwand.

Mittelmann stand eine Minute erstarrt. Aber dann raste sein Gehirn und jagte Spannung durch alle Glieder. Er redete sich. Was dies seine große Szene? Wer souffletierte, wer brachte das Stichwort? Niemand! Dies war eine Stegreifkomödie. Akteur vor!

Th. Mittelmann ergriff das Seil. Er schwang sich hinauf. Er stand auf dem Balkon. Lieber Gott, dachte er, oder gütiger Himmel — dann trat er ein.

Der Raum lag dunkel; aus der nur angelehnten Tür in das Nebenzimmer fiel ein gedämpfter Lichtstrahl. . . Mittelmann schlich heran. Um einen Tisch saßen zwei Personen, der Direktor und die Schauspielerin. Die nackten Arme der Stella waren weiß gepudert. Ihre Augen leuchteten; aber Mittelmann begriff, dies war der Ausdruck der Angst. Der Herr Direktor war grau verzerrt. Sein Bart begann schon zu wachsen, die Waden schienen bläulich betupft. Vor dem Beiden, Mittelmann den Rücken kehrend, stand der dunkle Mann. Er hielt eine Waffe in der Hand und er schien gerade etwas gelacht zu haben, eine Forderung, eine Drohung. Die entsetzten Augenpaare der Lieberräuber wanderten ihr umher.

Th. Mittelmann klopfte nicht an. Er trat einfach in das Zimmer, als gehöre er in diese Situation. „Guten Abend“, sagte er verbindlich, „ich störe doch hoffentlich nicht?“

Die Stella freilachte auf. Der Direktor gurgelte ein Aechzen. Aber der dunkle Mann prallte herum. Ehe Mittelmann recht erfaßte, erhielt er einen Stoß, und der Eindringler faufte an ihm vorbei in das andere Zimmer. Eine Tür schlug zu. Mittelmann ging dem Flüchtling nach. Ein Seil rauschte; unten entzündete in Sprüngen ein entsetzter Mann. Da begriff Th. Mittelmann, daß dies seine große Prozedure war. Er zog seine Kravatte glatt und fuhr ordnend durch sein Haar. Dann kehrte er zu den beiden zurück.

„Verzeihung, Herr Direktor“, sagte er und verneigte sich vorsetzt. „erbitte tausendmal Vergebung, gnädige Frau, aber ich war von der Straße aus zufällig Zeuge des Einbruchs, ich stieg dem Eindringler nach —“, er schloß mit einer Handbewegung, als stelle er vor.

„Es gibt keinen Zufall“, sagte die Stella heiser, „Sie sind geschickt.“

Der Direktor starrte sie an. „Von wem?“

Die Stella zuckte die Achseln. Ihre Kerzen verfolgten. Sie weinte vor sich hin. „Von Gott“, sagte sie schluchzend.

„Du hast also auch gebetet?“ fragte der Direktor, und seine Augen waren fern. „Ich tat es, seit langem, nur kurz, aber intensiv, eine Sekunde lang, als der Rauch hier stand.“

Th. Mittelmann verbeugte sich. „Sie glauben, es hat schon genügt? Sie irren darin nicht. Gott lernt mich. Ich bin der Th. Mittelmann, ich war heute morgen bei Ihnen. Aber Sie haben mich nicht engagiert. Ich habe um ein Gastspiel eingereicht. Man muß warten. Sie selber brauchen nicht so lange zu warten, Sie erhalten sofort Antwort. Aber einmal, werde auch ich vorgeladen. Wenn nicht bei Ihnen, so doch einmal, wenn wir die Rollen abgeben.“

Die beiden Menschen im Bett hoben den Blick. Sie sahen mit laßig-lässigen Augen den Mann an.

„Sie sind engagiert“, sagte der Direktor, und er tat eine rationale Bewegung, als fixierte er die Hand nordwärts. „Kommen Sie morgen auf mein Büro.“

Th. Mittelmann verbeugte sich. „Werden Sie mich morgen wiedererkennen?“ meinte er zweifelnd, „ich bin verregnet, ich bin nicht geschminkt.“

Stella richtete sich pollends auf; ihr Gewand löste sich von den Achseln, aber sie achtete es nicht. „So wahr ich lebe, Sie sind engagiert“, sagte sie und ihre Stimme unterstrich den Satz zum Schluß.

„Danke“, sagte Th. Mittelmann, „dann weiß ich, daß es geschehen wird.“ Er drehte sich um, er wollte zur Tür, da fiel ihm noch etwas ein. „Die Gage“, sagte er und blieb stehen, „es ist —“

Der Direktor winkte ab. „Ich zahle Ihre Forderung, seien Sie ohne Angst.“ Th. Mittelmann lächelte. „Ich wollte sagen, ich will keine Gage. Ich diene einer Idee. Zahlen Sie Ihre Handwerker.“

Die Frau sah ihn an. Ihre Augen waren schwarz und glänzten wie ein See, in den ein Mondstrahl fällt. „Wozum wollen Sie leben? Seien Sie kein Narr!“ Th. Mittelmann schaute sie ernst an. „Angst“, sagte er, „Narr, — gnädige Frau, Narren sind wir alle. Aber wenn wir dies wissen und es fragen, sind wir da nicht schon heiden?“ Diese Worte waren auf einen zitternden hohen Ton gehalten, daß sie in die Kerzen schnitten wie ein Rasiermesser. Die

Schauspielerin schauderte auf. Der Direktor schloß die Augen. Da ging Th. Mittelmann hinaus. Er schloß sorgsam die Tür, durchschritt das dunkle Balkonzimmer und trat hinaus in die Nacht. Er überstieg das Gitter und ergriff das Seil. Gleichzeitig ließ er sich gleiten. Aber da löste sich der Haken, das Eisen knirschte höhnisch, dann ließ er ihn fallen. Er fiel und fühlte, wie er fiel. Die Luft schlug draufend in seine Ohren. Dann tat es einen Ruck. Er hatte die Gestesgegenwart, die Hände vorzustrecken, hart rief ihn die Erde an sich.

Da griff eine Faust zu, hob ihn auf, und eine Stimme sagte: „Sieber Mann, niemand kann im Stroh schlafen, da sehen Sie es. Ich habe Sie beobachtet, Sie sind nicht betrunken?“

„Rein“, sagte Th. Mittelmann, „möödn?“ Er sah dem Wächter an, der schwarz und verhängt vor ihm stand. Der silberne Stern auf der Ledertasche strahlte und glitzerte.

Die Nacht lag schwarz und nah. Fern blingelte eine frühe Laterne. „Woher mag das Licht kommen?“ fragte Th. Mittelmann und tippte dem Wächter gegen den Helm, „von innen oder von außen?“

„Kommen Sie“, sagte der, „Sie zittern, Sie haben Fieber.“ „Rein“, sagte Th. Mittelmann, dieser einen Empfindung ganz gewiß, „mein, hunger.“ und er schritt neben dem Wächter. „Gehen wir immerhin“, meinte er flüsternd, „es applaudiert niemand mehr.“

Frank F. Braun.

Schiffe erschließen Sibirien

Im vergangenen Sommer brachten sechsundzwanzig Handelsschiffe der „Korischen Expedition“ auf dem Weg durch das Nordische Eismeer, den Ob und den Jenissei Waren aller Art nach Sibirien und von dort Holz, Getreide, Fleisch u. a. nach Europa zurück. Dieses Ereignis bedeutet, so wenig es auch in der Öffentlichkeit beachtet wurde, den Beginn einer Umwälzung im Handelsverkehr zwischen Asien und Europa; niemals zuvor hatte eine so große Anzahl von Schiffen solche Mengen von Waren über diesen vom Eis blockierten, von Gefahr und Ungewißheit umlauerten Weg glücklich ans Ziel gebracht. Um die ganze Tragweite dieser Leistung zu verstehen, die in diesem Sommer aufs Doppelte gesteigert worden ist, muß man sich die geographischen und natürlichen Verhältnisse Sibiriens vor Augen führen. Sibirien ist ja nicht etwa die unendliche, im Sommer wie im Winter von Schnee bedeckte Steppe der landläufigen Meinung; im Gegenteil: da liegt eine Welt von märchenhaftem Reichtum, der voll und ganz berechtigt, einem Land der Zukunft zu sprechen. Berücksichtigt man das Klima, die Fruchtbarkeit des Bodens, die Niederlassungsmöglichkeiten, so kann man Sibirien ein zweites Kanada nennen. Wie Amerika, so ist Asien in seinem nördlichen Teil eine unfruchtbare Einöde mit Temperaturbedingungen, unter denen nur Jäger und Hirten ohne Selbsttätigkeit existieren können. Aber wie die Neue Welt, so hat auch Asien südlich dieser Schneefirnlinie ungeheure Gebiete, wo alle Bedingungen gegeben sind, Millionen von Menschen gute Daseinsmöglichkeiten zu bieten. Ein mächtiger Wald durchzieht Sibirien in seiner ganzen Ausdehnung. Vom Ural bis nach Kamtschatka dehnt sich ein über 5000 Kilometer langer und 500 bis 700 Kilometer breiter Hochwald aus, die ausgedehnteste Waldreserve, über die die Erde nach der Zeit, und die in Zukunft die Weltpresse mit dem nötigen Papier beliefern wird, wenn einmal Europa und Amerika endgültig abgeforstet sein werden. Im Süden dieses ungeheuren grünen Gürtels liegen die Länder der Zukunft. Gebiete von gewaltiger Ausdehnung und einer ungewöhnlichen Fruchtbarkeit, wo ein Minimum an Arbeit genügt, ebenso reiche und vorzügliche Getreidemägen zu erzielen, wie sie die berühmte „Schwarze Erde“ in Südrussland spendet; Südsibirien stellt also das gerade Gegenstück dar zu den Provinzen Manitoba und Saskatchewan, dem Getreide-speicher Kanadas, aus dem die Entente-länder während des Krieges ihr Getreide bezogen.

Von der Ausdehnung dieser Gebiete, deren Erschließung noch ganz in den Anfängen steht, kann man sich erst einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß ihre Ausdehnung zwei Drittel von Europa erreicht. Dieser Boden birgt noch andere, unschätzbare Reichtümer an Gold, Platin, Kupfer, Kohle und anderen vielbegehrten Mineralien. Bis heute hat man, mangels Transportmöglichkeiten nach Europa diesen gewaltigen Rohstoffspeicher völlig ungenutzt gelassen. Die transsibirische Eisenbahn ist nicht in der Lage, diesen Warenaustausch zu bewältigen; die ungeheure Ausdehnung dieser Strecke würde die Transportkosten so hoch stellen, daß sich die Ausfuhr von Holz und Getreide nach Europa nicht mehr lohnen würde. Die billige Verbindung, der Seeweg, wurde bis vor kurzem nur gelegentlich und zufällig benutzt. Westsibirien, Europa am nächsten gelegen und besonders reich an Möglichkeiten landwirtschaftlicher Erschließung, wird von Süden nach Norden von Ob und Jenissei durchzogen, den größten Flüssen der Erde nach dem Nil und dem Amazonas. Es gibt keine bessere Verbindung dieser Länder zum Meer, als wie sie diese Ströme während der Zeit, da sie eisfrei sind, also während dreier oder vier Monate, darstellen. Lediglich sind Ob und Jenissei tief genug für Flußdampfer, und ihre Strömung ist so schwach, daß die ersten Erzforscher dieser Gebiete in einem großen Kahn flussaufwärts fuhren und sich dabei von drei auf der Böschung tausenden Hunden ziehen lassen konnten. Diese mächtigen Wasserläufe münden ins Karische Meer, in einen der am stärksten vereisten Teile des Nordischen Eismeers. Um in dieses Meer zu gelangen, hat ein von Europa kommendes Schiff keinen anderen Weg zur Verfügung als die engen Passagen zwischen dem Festland, der Insel Wolgatsch und Nowaja Semlja. Diese Meerengen bieten der Schifffahrt die größten Schwierigkeiten, da sich dort das Eis meist in bedrohlicher Weise aufstaut. Daher war früher eine Reise zu Schiff von Europa nach dem Jenissei Glücks-jacke.

Erst die Möglichkeiten drahtloser Verständigung und die Heranziehung von Flugzeug und Eisbrecher haben gründlich Wandel geschaffen. Radiotelegraphische Stationen, die mit Flugzeugen versehen sind, befinden sich heute an der Mündung des Jenissei, an der Westküste der Halbinsel Jalmal und am Eingang der Karischen Bights und der übrigen Engen. Von diesen Punkten aus steigen die Flieger zur Erkundung auf, beobachten die Bewegung des Eises und verständigen die Schiffe. In den letzten Jahren konnten auf diese Weise immer mehr Schiffe ohne Gefahr das Karische Meer passieren. Im Jahre 1928 wurden bei einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Handelsdampfern Waren im Wert von 15 Millionen Mark eingeführt, was unter den gegebenen Umständen eine sehr ansehnliche Menge darstellt. Ausgeführt wurde auf diesem Weg hauptsächlich Holz. Im vergangenen Jahre nahm der Verkehr schon größeren Umfang an. Im Juli 1929 fuhren nicht weniger als 26 Schiffe von durchschnittlich 4000 Tonnen, mit europäischen Waren beladen, sowie zwei Schiffe, die für den Flußverkehr bestimmt waren, langs der sibirischen Küste nach dem

Ob und Jenissei. Sie waren vom „Krasin“ begleitet, dem aus der Tragödie der „Italia“ rühmlichst bekannten Eisbrecher. Auch der russische Pilot Ischudnowski, ebenfalls durch die Rettung der Expedition Robble bekannt, nahm an dieser Fahrt teil. Um die Sicherheit der Schiffe im Eis zu gewährleisten, wurde das Geschwader in Gruppen zu drei und fünf Einheiten geteilt, die der „Krasin“ nacheinander durch die gefährlichen Engen führte. Auf diese Weise konnte die Fahrt der 26 Dampfer im Laufe von zweieinhalb Monaten ohne jeden Zwischenfall vor sich gehen. Auf dieser Fahrt waren hauptsächlich landwirtschaftliche Maschinen nach Sibirien geschickt worden; zurück brachten die Schiffe Holz, Haarfelle; der Wert der Ausfuhr betrug diesmal schon etwa 30 Millionen Mark. Schon entsteht dank dieser Entwicklung in Sibirien, am unteren Jenissei, ein Industriezentrum. Dort wird zur Zeit ein Umschlaghafen gebaut, werden Sägewerke, Zellulose- und Papierfabriken errichtet.

Waren es im vorigen Jahr 26 Schiffe, so umfaßt die „Korische Expedition“ des Jahres 1930, die in diesen Tagen Europa verläßt, 30 bis 60 Handelsdampfer, die landwirtschaftliche Maschinen, Fabrikeinrichtungen, Chemikalien, medizinische Instrumente und andere in Sibirien vielbegehrte Gegenstände an Bord führen. Unter diesen Schiffen befinden sich zwei deutsche, vier russische, ein schwedisches; die weitaus größte Zahl fährt unter englischer und norwegischer Flagge. Auf der Rückfahrt sollen die Dampfer Holz, Fleisch, Konserven, Butter und andere Landesprodukte mitführen.

Die erste deutsche Biberfarm

In allen Trappergeschichten, die uns in unserer Kindheit so sehr entzückten, spielen die Biber die Hauptrolle, denn in den riesigen Waldgebieten Nordamerikas war ihr Fell durch Jahrhunderte das begehrteste Gut, und es wurde noch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts nach Geld, sondern nach Biberfellen geschätzt. Auch im alten Deutschland war der Biber weit verbreitet, man hat noch viele Ortsnamen erinnern. Heute gibt es nur noch wenige Kolonien dieses eigenartigen Tieres, so an der Elbe und an der Müde, und 1929 zählte man noch 263 Biber in 154 Bauten, die gefesselt geschützt werden. Nun aber ist eine neue Möglichkeit aufgeklaut, den Biber wieder bei uns heimisch zu machen, nämlich die künstliche Züchtung. Wie Dr. Luz Hed in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ mitteilt, ist es im vorigen Jahre zum ersten Male gelungen, bei uns Biber in einer Farm zu züchten.

Es waren kanadische Biber mit den besonders wertvollen, dunklen Fellen, die auf einem Gut in Mecklenburg-Schwern zu Zuchtzwecken eingeführt wurden. Zuerst wurden die Kanariensamlinge, 30 Stück, in kleinen Gehegen paarweise gehalten, bis sie sich eingewöhnt hatten, und dann in einem 25 Morgen großen See ausgefetzt, der mit 1½ Meter hohem, ungefähr 50 Zentimeter in die Erde eingelassenen Wehrwehr umzäunt war. Die Tiere hatten hier dieselben Lebensbedingungen wie in freier Wildbahn, pflanzten sich daher normal fort, und im Herbst des ersten Jahres wurden bereits 18 Jungbiber festgesetzt. Damit ist die Möglichkeit der Biberzucht in Deutschland erwiesen, und es wäre gewiß eine Bereicherung unseres Landschaftsbildes, wenn wieder mehr solcher Biberkolonien entstanden. Diese gehören ja zu den größten Sehenswürdigkeiten der Natur; es sind unterirdische Burgen, die unter Wasser meist mehrere Ausgänge besitzen; dazu kommen die berühmten Dämme, die die Biber bauen. Durch sie ist in Amerika das Landschaftsbild ganzer Gegenden verändert worden, indem Seen und Sümpfe entstanden, ganze Wälder von den Flüssen abgestürzt wurden. In Deutschland ist die Bauartigkeit des Biber nicht so offensichtlich, sondern mehr geheim, weil er immer verfolgt wurde, wo er auftrat.

Bewundernswert ist, wie sorgfältig die Biber ihre Dämme bauen, um das Wasser zu stauen und dadurch den Wasserpegel nach ihren Bedürfnissen zu heben; diese sind aus Holz mit dazwischengepacktem Schlamm angelegt, aber der frühere Glaube, daß das Tier mit dem Schwanz, der sogenannten Biberkelle, diese Maurerarbeiten ausführe, ist unrichtig, sondern sie arbeiten mit den Vorderfüßen. Tagsüber lebt der Biber in seinem Bau; höchstens am Nachmittag und besonders in der Dämmerung läßt er sich blicken und liegt dann nach auf dem Wasser, so daß nur der halbe Kopf, ganz wenig vom Rücken und manchmal etwas von dem platten Schwanzschwanz zu sehen ist. Er sieht ziemlich schlecht, hört aber gut und besitzt ein sehr starkes Witterungsvermögen, so daß er sofort, wenn ihm der Wind den Menschengeruch zuträgt, mit einem lauten Quaken unter Wasser verschwindet. Er schläft dabei mit dem Schwanz freilagend auf das Wasser, aber daß er dadurch andere Biber warnen will, wie man annahm, ist nicht nachweisbar. Aus Amerika werden noch immer große Biberfellemporen ausgeführt, so kamen 1923 103.000 Felle auf den europäischen Markt.

Eine Uhr, die ein Jahrhundert lang gleichmäßig geht. Amerikanische Fachleute ist es gelungen, eine Uhr zu konstruieren, deren Gang so gleichmäßig ist, daß sie innerhalb eines ganzen Jahrhunderts nicht um eine Sekunde vor- oder zurückgeht. Weder die Schwerekraft der Erde, noch Einwirkungen magnetischer Kräfte können den gleichmäßigen Lauf dieser Uhr beeinträchtigen. Ebenfalls kann sie niemals durch Erdbeben oder durch die Nähe großer elektrischer Anlagen aus ihrem Gleichmaß gebracht werden. So, selbst unmittelbar in ihrer Nähe stattfindende Bewegungen schwerer Massen vermögen nicht, den Gang des Schlagwerks auch nur im mindesten zu beeinflussen.